

# ENTWICKLUNGS- ZUSAMMENARBEIT UND INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

SYMPOSIUM ANLÄSSLICH DES  
80. GEBURTSTAGES VON  
VOLKMAR KÖHLER

I  
M  
  
P  
L  
E  
N  
U  
M

Mit Beiträgen von:

Hans-Gert Pöttering | Peter Molt | Rolf Koppe  
Hartwig Fischer | Bernd Eisenblätter

ISBN 978-3-941904-81-1

[www.kas.de](http://www.kas.de)

*Diese Publikation dokumentiert das Symposium anlässlich des 80. Geburtstages von Dr. Volkmar Köhler, Parlamentarischer Staatssekretär a.D., am 21. Juni 2010 in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin.*

#### VERANTWORTLICH

*Dr. Gerhard Wahlers  
Stellv. Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung*

#### REDAKTION

*Karsten Grabow*

#### ASSISTENZ

*Isabel von Griesheim*

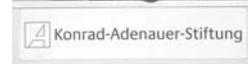
*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,  
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch  
elektronische Systeme.*

*© 2010, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin  
Umschlagfoto: © picture-alliance/dpa, Fotograf: Ahmed Jallanzo  
Fotos Innenteil: Seiten 6, 8 links und 9 Privatarchiv Dr. Volkmar Köhler  
alle übrigen: Henning Lüders, Berlin.  
Texttranskription: ScriptArt Berlin.  
Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.  
Printed in Germany.  
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.*

*ISBN 978-3-941904-81-1*

#### INHALT

- 5 | EINLEITUNG  
VITA ACTIVA PRO PROGRESSIO:  
VOLKMAR KÖHLER ZUM 80. GEBURTSTAG  
*Hans-Gert Pöttering*
- 11 | CHRISTLICHE DEMOKRATIE UND INTERNATIONALE  
SOLIDARITÄT MIT LATEINAMERIKA  
*Peter Molt*
- 21 | SOLIDARITÄT AUS CHRISTLICHER VERANTWORTUNG  
*Rolf Koppe*
- 27 | SOLIDARITÄT UND AFRIKA  
*Hartwig Fischer*
- 37 | AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN DER  
ENTWICKLUNGSPOLITIK  
*Bernd Eisenblätter*
- 45 | WAS STEHT HINTER DER ENTWICKLUNGSPOLITIK?  
DANKREDE  
*Volkmar Köhler*
- 53 | DIE AUTOREN
- 54 | ANSPRECHPARTNER IN DER  
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG



*Der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Dr. Hans-Gert Pöttering, während der Laudatio.*

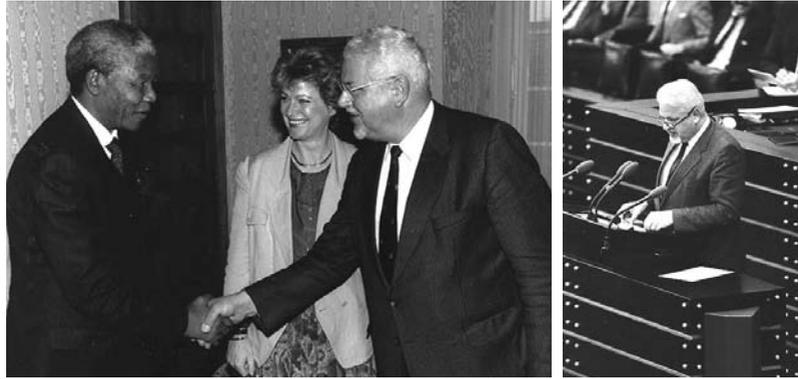
## EINLEITUNG

### **VITA ACTIVA PRO PROGRESSIO: VOLKMAR KÖHLER ZUM 80. GEBURTSTAG**

Am 20. Mai 2010 beging Dr. Volkmar Köhler seinen 80. Geburtstag. Verbunden mit den besten Wünschen für ihn und seine Familie nahm die Konrad-Adenauer-Stiftung diesen Geburtstag zum Anlass, Dr. Köhler am 21. Juni mit dem Symposium „Entwicklungszusammenarbeit und internationale Solidarität“ in der Akademie der Stiftung in Berlin zu würdigen.

Volkmar Köhler gilt als Nestor der deutschen Entwicklungspolitik. Im Standardwerk über die „Ära Kohl“ wird er als „der wohl bedeutendste Entwicklungspolitiker der CDU in den 1980er Jahren“ bezeichnet.<sup>1</sup> Dabei kann Volkmar Köhler zunächst vollkommen zu Recht als Multitalent bezeichnet werden. Nach dem Studium der Musikwissenschaft, Germanistik, Kunstgeschichte, Wirtschaftsgeschichte und Pädagogik an der Universität Göttingen wurde er bereits im Alter von 26 Jahren mit einer musikwissenschaftlichen Arbeit zum „Dr. phil.“ promoviert. Danach war er als Dozent im Bereich der Erwachsenenbildung tätig. Ab 1959 leitete er das firmengeschichtliche Archiv und das Werksmuseum der Volkswagen AG in Wolfsburg – eine Aufgabe, die er zehn Jahre lang wahrnahm. Der Volkswagen AG blieb Herr Dr. Köhler zunächst als Leiter der Führungskräfteausbildung (bis 1982) und als Kulturbeauftragter (bis 1993) verbunden.

Parallel zu seiner Arbeit bei der Volkswagen AG begann er in den 1960er Jahren seine politische Laufbahn: 1964 wurde er Ratsherr im Rat der Stadt Wolfsburg, von 1969 bis 1972 war er zunächst Bürgermeister und dann Oberbürgermeister der Stadt, 1972 wurde Volkmar Köhler in den Deutschen Bundestag gewählt. Hier war er zunächst stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit (1976 bis 1980) und dann entwicklungspolitischer Sprecher seiner Partei, der CDU Deutschlands.



Die Zeit zwischen Oktober 1982 und April 1989 kann man sicher als den Höhepunkt seiner politischen Karriere bezeichnen: Hier war Dr. Köhler als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung tätig und setzte dabei nachhaltige Akzente – sei es in der Ausrichtung der deutschen Entwicklungspolitik im Allgemeinen, seinem Engagement für Afrika, dem Nahen Osten und Lateinamerika im Besonderen oder auf europäischem Parkett. Häufig war es Dr. Köhler, der als Parlamentarischer Staatssekretär nach Brüssel gereist ist, um dort deutsche Interessen in die Europapolitik einzubringen und die Bundesrepublik Deutschland zu repräsentieren. Und nicht nur das: Die 1994 begründete Kooperation der Europäischen Union mit der Entwicklungsgemeinschaft der Länder des Südlichen Afrikas (SADC) geht auf Vorschläge zurück, die er bereits vorher im Zusammenhang mit den Reformprozessen in Südafrika unterbreitet hat. Als Parlamentarischer Staatssekretär war Dr. Köhler zudem Gouverneur der Interamerikanischen Entwicklungsbank und der Afrikanischen Entwicklungsbank. Auch in diesen Gremien wusste er, wovon er sprach: Die wirtschaftliche Seite der Entwicklungspolitik war ihm aus seiner Zeit bei VW bestens bekannt, da er mit den Niederlassungen in Südafrika, Brasilien und Mexiko zu tun hatte.

Dr. Köhler hat sich in unterschiedlichen Funktionen ganz besonders in zwei Weltregionen, Afrika und Lateinamerika, engagiert. Das widerspiegelt sich auch in den Beiträgen dieser Broschüre. Von 1989 bis zu seinem Ausscheiden aus dem Deutschen Bundestag im Jahr 1994 war er zudem Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages und dort Vorsitzender des Unterausschusses für Auswärtige Kulturpolitik. Er kann also gleichermaßen auf eine beeindruckende akademische, poli-

tische, Unternehmens- und kulturpolitische Karriere zurückblicken, die ihresgleichen sucht. Und ich bin sicher, dass es nicht beim Rückblick bleibt, sondern dass er sich auch in Zukunft aktiv engagiert, vor allem auf dem Gebiet der Kulturpolitik und -förderung, einem seiner Steckenpferde.

Volkmar Köhler war die Verbindung von Kultur- und Kunstförderung mit Entwicklungspolitik stets ein wichtiges Anliegen. Er hat Entwicklung und Entwicklungspolitik niemals als rein wirtschaftliches oder technisches Unterfangen verstanden, sondern immer im Zusammenhang mit der Geschichte, Identität und Kultur der jeweiligen Länder gesehen. Sein Einsatz bei der Restaurierung der Königsbilder von Madagaskar oder zur Erhaltung der Koran-Handschriften im Jemen zu Beginn der 1980er Jahre ist beispielhaft dafür. Legendär sind seine Besuche selbst entlegener Dörfer und Dorfkneipen in Afrika und die Diskussionen mit Musikern und Schriftstellern. Das signalisierte: da kommt einer aus Deutschland, der sich für unsere Kultur, unsere Geschichte, unser Denken und unsere Nöte interessiert. Damit hat Volkmar Köhler einen wichtigen Grundstein für eine vertrauensvolle und partnerschaftliche Zusammenarbeit gelegt, die den Partnern zeigte, dass wir ihre Kultur achten und ihnen nicht einfach unseren Stempel aufdrücken wollen.

Kulturpolitik und -förderung spielen für Volkmar Köhler auch in Deutschland eine herausragende Rolle. Als Mitglied des Freundeskreises des Wolfsburger Kunstmuseums fördert er Kunst und Kultur in seiner zweiten Heimatstadt nach wie vor mit großem Engagement. Mit der von ihm und seiner Frau gegründeten „Margret und Dr. Volkmar Köhler-Stiftung“ engagiert er sich zudem leidenschaftlich im Bereich der Denkmalpflege. Wichtige Vorhaben in den Neuen Bundesländern, z.B. die Sanierung der Stephanskirche in Tangermünde, konnten dank seiner Unterstützung realisiert werden.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist Dr. Köhler tief verbunden. Seit seiner Gründung im Jahre 1999 ist er Mitglied des Kuratoriums der KAS. Zudem war er zwanzig Jahre lang Leiter des Planungsausschusses der Stiftung. In dieser Funktion, die er bis zum Sommer 2009 wahrnahm, hat er der Stiftung wichtige Impulse für die internationale Arbeit gegeben. Sein außerordentliches Engagement, seine Fähigkeit, die Diskussionen auf das Wesentliche zu bringen und die von allen Seiten stets geschätzte Gesprächsatmosphäre haben dabei Maßstäbe gesetzt.



Darüber hinaus war Volkmar Köhler einer der Mitbegründer des Literaturpreises der Konrad-Adenauer-Stiftung und über zehn Jahre Mitglied der Jury. Der seit 1993 vergebene Literaturpreis der KAS ist in kürzester Zeit zu einer festen Größe im literarischen Leben in Deutschland geworden. Geehrt werden Autoren, die der Freiheit ihr Wort geben. Zu den Preisträgern zählen Autoren wie die Literaturnobelpreisträgerin Herta Müller (2004), Uwe Tellkamp (2009), Daniel Kehlmann (2006), Sarah Kirsch (1993), Walter Kempowski (1994) oder Günter de Bruyn (1996). Ein überaus namhafter Kreis, den zu ehren höchste Expertise voraussetzt. Die Jury-Mitglieder schätzen Herrn Dr. Köhler sehr als Fachmann, der sich durch umfassende und vielseitige Literaturkenntnisse sowie Gespür für Relevanz und politisches Denken auszeichnet. Schließlich ist Dr. Köhler der *Spiritus rector* der Aktivitäten der KAS im Bereich der Denkmalpflege. Die Eichholzer Denkmalpflege-Foren und zahlreiche andere Aktivitäten der Stiftung im Bereich der Denkmalpflege wären ohne seine Expertise und sein Engagement gar nicht denkbar.

Mehrere Hauptabteilungen der Konrad-Adenauer-Stiftung wären also fachlich berührt gewesen, das Symposium am 21. Juni dieses Jahres zu organisieren. Angesichts des jahrzehntelangen Einsatzes für wertorientierte und solidarische internationale Entwicklungszusammenarbeit von Volkmar Köhler fiel die Wahl auf die Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit.

Die internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung basiert auf ihrem Bekenntnis zu internationaler Solidarität. In der Tradition christlich-demokratischer Politik setzt sich die Stiftung weltweit für die Verbesserung der politischen, sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Lebensgrundlagen der Menschen ein. Die KAS geht dabei von der Überzeugung aus, dass insbesondere die Förderung von demokratischen Institutionen und Verfahren von elementarer Bedeutung für nachhaltige und friedliche Entwicklung sind.

Internationale Solidarität spielte nicht nur von Berufs wegen bei Volkmar Köhler eine große Rolle. Geprägt durch Kriegserfahrungen in seiner Kindheit und Jugend hat er sich leidenschaftlich gegen totalitäre Herrschaft und für Frieden, Freiheit und Demokratie eingesetzt. Neben seinem Einsatz in Entwicklungsländern und Krisenregionen war und ist ihm die europäische Einigung eine Herzensangelegenheit. Damit teilt er eine Eigenschaft eines anderen großen Europäers, dessen 80. Geburtstag wir ebenfalls in diesem Frühjahr gefeiert haben: Bundeskanzler a.D. Dr. Helmut Kohl.

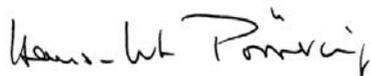


Und dennoch waren es besonders die politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklungen in Afrika, dem Nahen Osten und Lateinamerika, die einen ganz besonderen Stellenwert eingenommen und Volkmar Köhler nahezu sein ganzes Leben lang interessiert haben. Er ist Kuratoriumsvorsitzender der Deutschen Afrika-Stiftung und Ehrenbürger der bolivianischen Hauptstadt La Paz. Darüber hinaus ist er Kuratoriumsvorsitzender des Instituts für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik an der Ruhr-Universität Bochum und Autor zahlreicher wissenschaftlicher Beiträge. Für seine Verdienste sowohl in der praktischen Entwicklungspolitik als auch in der Wissenschaft ist Volkmar Köhler mit der Ehrendoktorwürde der Ruhr-Universität und mit dem Großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden.

Es war der Konrad-Adenauer-Stiftung ein Bedürfnis und gleichermaßen eine große Ehre und Freude, Dr. Volkmar Köhler mit einem Symposium zu würdigen.

Bei den folgenden Essays handelt es sich um die überarbeiteten Referate von vier ausgewiesenen Experten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Eine Reaktion des Jubilars darauf schließt diese Publikation ab. Ich danke den Referenten für ihre engagierten wie fundierten Beiträge, die uns neben regionalen Bestandsaufnahmen auch neue Einsichten in die künftige deutsche Entwicklungszusammenarbeit geben und wünsche allen Leserinnen und Lesern eine anregende Lektüre.

Berlin, im Oktober 2010



Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP  
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Präsident des Europäischen Parlaments a.D.

1| Rainer Tetzlaff: „Die entwicklungspolitische Bilanz der Ära Kohl“, in: Göttrik Wewer (Hrsg.): Bilanz der Ära Kohl. Opladen: Leske & Budrich, 1998, S. 319.

## CHRISTLICHE DEMOKRATIE UND INTERNATIONALE SOLIDARITÄT MIT LATEINAMERIKA

Peter Molt



Es mag verwundern, dass wir unsere *tour d'horizon* ausgerechnet mit Lateinamerika beginnen, mit dem unser Jubilar weniger in Verbindung gebracht wird, als mit Afrika und Asien. So haben in der Festschrift, die vor fünfzehn Jahren zu seinem 65. Geburtstag erschien, lateinamerikanische Themen keinen Platz gefunden.<sup>1</sup> Aber in den vielen Jahren des aktiven Politikers, als Entwicklungs-, Außen- und Kulturpolitiker, nahm die Zusammenarbeit mit Lateinamerika immer einen breiten Raum ein. Nennen möchte ich hier nur den Planungsausschuss der Konrad-Adenauer-Stiftung und den entwicklungspolitischen Fachausschuss der CDU. Das gilt auch für seine Tätigkeit im Volkswagen-Konzern mit seinen Niederlassungen in Mexiko und Brasilien.

Unter den vielen launigen Anekdoten, die Volkmar Köhler zu erzählen pflegt, erinnere ich mich an zwei mit lateinamerikanischem Bezug. Da ist zunächst die Schilderung der leicht chaotischen Begegnung und Zusammenarbeit mit dem brasilianischen Betriebsrat des Volkswagenkonzerns, Herrn Lula, wobei niemand, auch nicht unser sonst so vorausschauender Jubilar, ahnte, dass dieser später zum Präsident Brasiliens gewählt werden würde. Übrigens ein sehr erfolg-

reicher, was sicher – wie wir vermuten dürfen – auch mit der Führungskräfteausbildung des Volkswagenkonzerns, die Herr Köhler aufbaute und leitete, zu tun hat. Eine zweite Anekdote, an die ich mich erinnere, handelt davon, als das BMZ die ersten Schritte zur politischen Konditionalität wagte und sich ausgerechnet als erstes Exempel dafür die Dominikanische Republik auswählte. Als Erfolg musste der damalige Parlamentarische Staatssekretär Köhler, mit dem ihm eigenen ironischen Unterton, verkünden, dass, soweit meine Erinnerung, eine Straßentrasse, die von der KfW finanziert wurde, anders als die dominikanische Regierung wollte, nämlich entwicklungsorientierter, gebaut würde. Beide Geschichten könnte man weiter ausspinnen. Sie sind auf jeden Fall der entwicklungspolitischen Wirklichkeit näher, als die Rede von der „Solidarität mit den Menschen in den Entwicklungsländern“, die heute in der entwicklungspolitischen Diskussion fast bei jeder Gelegenheit beschworen wird.

### **DIE GESCHICHTE EINER PRAKTIZIERTEN SOLIDARITÄT**

Der Begriff „Solidarität“ steht auch am Beginn der internationalen Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung, die 1962 ein „Institut für internationale Solidarität“ gründete. Dieser Name, den der damalige Provinzial der Afrikamissionare vorgeschlagen hatte, war für eine CDU-nahe Einrichtung ungewöhnlich. Als der damalige CDU-Bundesgeschäftsführer Dr. Konrad Kraske und ich im März 1962 die Zustimmung von Bundeskanzler Konrad Adenauer zu dem Vorhaben einholten, war Adenauer, dank der Überzeugungsarbeit von Auguste Vanistendael, der ihn in lateinamerikanischen Fragen als Generalsekretär des Internationalen Christlichen Gewerkschaftsbundes beriet, der Gründung gegenüber zwar aufgeschlossen, hatte jedoch gegenüber dem Namen des Instituts Bedenken: Solidarität sei doch ein sozialistischer Begriff. Ich erlaubte mir, Adenauer darauf hinzuweisen, dass der aus Köln stammende Jesuitenpater Heinrich Pesch, den er natürlich gut gekannt hatte, ein vielbändiges Werk über den christlichen Solidarismus geschrieben habe. Das überzeugte ihn, und er gab mit einem „Na gut. Dann machen wir das“ seine Zustimmung.

Die Begründung der Entwicklungszusammenarbeit mit der Verpflichtung zur Solidarität zwischen allen Menschen ist erst seit den letzten Jahrzehnten allgemein gebräuchlich. Das gilt für politische wie auch für private und kirchliche Verlautbarungen. So sucht man in einem von den beiden Kirchen 1966 herausgegebenen Handbuch zur Entwicklungspolitik vergeblich nach einem Beitrag zu dem Stichwort „Solidarität“. Damals

war dieser Begriff entweder noch eng mit der Geschichte der Arbeiterbewegung verbunden oder nur eine Kategorie der empirischen Gruppen- und Organisationssoziologie. Die Katholische Soziallehre bewertete den Begriff der „Solidarität“ wegen seiner Herkunft von unterschiedlichen philosophischen Ausgangspositionen als mehrdeutig und zu allgemein. Gleichsam als Eingrenzung definierte sie dagegen das „Solidaritätsprinzip“, das zusammen mit Personalismus und Subsidiaritätsprinzip die normativen, strukturbildenden Grundprinzipien einer auf dem christlichen Menschenbild gründenden Ordnung von Staat und Gesellschaft bildet.

Warum haben die Begründer der internationalen Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung damals trotzdem gerade diesen Begriff gewählt? Sie hielten ihn für geeignet, um das Ziel auszudrücken, solidarisch und partnerschaftlich mit all denjenigen zusammenzuarbeiten, die sich weltweit für eine freiheitliche, demokratische und gerechte Ordnung einsetzten. Sie verstanden unter Solidarität nicht eine abstrakte Formel, sondern eine personale Verbundenheit und Bereitschaft zur vertrauensvollen Zusammenarbeit mit all den neuen politischen und sozialen Führungskräften der anderen Kontinente, denen es um eine politisch freie und sozial gerechtere Welt auf der Grundlage eines personalen Menschenbildes ging.

Dass sich die internationale Arbeit der Stiftung – und damit auch die der CDU – ihren Schwerpunkt zunächst in Lateinamerika suchte, erklärt sich aus der damaligen politischen Weltlage. Durch die Machtübernahme Fidel Castros in Kuba wurde deutlich, dass Freiheit und Frieden auch in Lateinamerika durch totalitäre und autokratische politische Systeme und die expansionistische Politik der Sowjetunion bedroht waren. Die neuen afrikanischen Staaten waren damals noch fest mit ihren „Mutterländern“ verbunden. In Asien hatte die Auseinandersetzung schon kriegerischen Charakter angenommen. Nun drohten auch in Lateinamerika revolutionäre Umstürze. Nach eineinhalb Jahrhunderten oligarchischer Herrschaft und einer tiefen Kluft zwischen arm und reich war der Kampf sozialrevolutionärer Bewegungen um eine neue politische Ordnung dort voll entbrannt.

Gegenüber den Heilsversprechen marxistischer oder marxistisch inspirierter Bewegungen zeigte sich der damals in Politik, Militär und auch in der Kirche Lateinamerikas noch vorherrschende ideell erstarrte und paternalistische Konservativismus zunehmend als hilflos. Das war die

Geburtsstunde der Christlichen Demokraten. Ihr ideeller Ursprung lag in der katholischen Studentenbewegung Europas der 1920/30er Jahre. Ihre Inspiration war die Enzyklika *Quadragesimo Anno* und die christlichen Philosophen Jacques Maritain und Emmanuel Mounier, ihre Ziele soziale Gerechtigkeit und Demokratie. Nun kamen als politische Vorbilder, auch für die Einigung Lateinamerikas, Adenauer, de Gasperi und Robert Schuman hinzu. Eine engere Verbindung der Christlichen Demokraten Lateinamerikas und Europas, die Gründung einer christlich-demokratischen Internationale, war die natürliche Konsequenz. So hatte das „Institut für internationale Solidarität“ in Lateinamerika von Anfang an ideell verbundene Partner, ergänzt um die Führer der Christlichen Gewerkschaften und der Christlichen Unternehmerschaft. „Solidarität“ bedeutete damit für die CDU und die Konrad-Adenauer-Stiftung die moralische Unterstützung, der Erfahrungsaustausch und die inhaltliche Unterstützung einer jungen politischen und sozialen Bewegung, die auf der Grundlage des christlichen Personalismus nach demokratischen und sozialen Reformen strebte, nach einer „Revolution in Freiheit“, eine Bewegung, die geeignet schien, die Hoffnungen der unruhigen Völker Lateinamerikas nach einer gerechteren politischen Ordnung ohne den Bruch mit ihren christlichen Traditionen zu erfüllen.

Natürlich gab es in dieser Partnerschaft Schwierigkeiten, Missverständnisse und Meinungsverschiedenheiten. Sie hatten ihre Wurzeln in den fest eingetragenen autoritären Traditionen des staatlichen Zentralismus und des Großgrundbesitzes, Erbschaften aus der spanischen Kolonialzeit, im Wirtschaftsdirigismus nach dem Vorbild Frankreichs und des amerikanischen „New Deal“, im Antikapitalismus der frühen katholischen Sozialbewegung und auch im Antiamerikanismus, der sich aus den gerade in Lateinamerika vielfach schmerzlichen Erfahrungen mit dem US-amerikanischen Imperialismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts speiste. Unsere deutschen Erfahrungen mit dem braunen und roten Totalitarismus, mit dem staatlichen Wirtschaftsinterventionismus der Weimarer Zeit und der folgenden nationalsozialistischen Zwangswirtschaft waren schwierig zu vermitteln. Die deutschen Christlichen Demokraten fanden deshalb oft wenig Verständnis für das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, einer Wirtschaftsordnung, die das Eingreifen des Staates nur da rechtfertigt, wo sich die elementaren Zwecke des Gemeinwohls nicht anders erreichen lassen, dies aber im wirtschaftspolitischen Rahmen strengster Planmäßigkeit, um den fairen Leistungswettbewerb des freien Marktes mit all seinen nützlichen Folgen zu sichern, wie die Aktions-



*Der stellvertretende Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung, Dr. Gerhard Wahlers, moderierte die Veranstaltung.*

gemeinschaft Soziale Marktwirtschaft damals formulierte. Im Rückblick ist dieses Unverständnis allerdings nicht gar zu verwunderlich, weil wir aus der 60jährigen Erfahrung mit der Sozialen Marktwirtschaft wissen, wie groß die Spannungen und wie tief die Abgründe zwischen dem Ideal und der politischen Umsetzung sein können. Schwerwiegender war aus meiner Sicht die Verkennung oder zumindest mangelhafte Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips, ohne das sich ein Gemeinwesen freier und verantwortungsbereiter Bürger in so tief zerklüfteten Gesellschaften, wie wir sie in Lateinamerika vorfinden, nicht entfalten kann und sich nicht behaupten lässt.

Es gibt sicher noch andere Gründe, warum nach einem bemerkenswerten Aufschwung in den 1960er und 1970er Jahren die Kraft der Christlichen Demokraten Lateinamerikas erlahmte. Darauf kann ich hier nicht eingehen. Es ist aber nicht richtig, von ihrem Scheitern zu sprechen. Es ist unverkennbar, dass sie einen großen und wichtigen Beitrag zur Transformation Lateinamerikas geleistet haben. Politiker wie Eduardo Frei, Aristides Calvani, Emilio Máspero, Osvaldo Hurtado, Napoleon Duarte, Rafael Caldera, Patricio Aylwin und viele andere haben durch ihr politisches Wirken tiefe Spuren hinterlassen. Ohne sie hätte das, wenn auch mühsame, aber doch nicht abzustreitende Wachsen der Demokratie, die wachsende Bedeutung der Menschenrechte und des Rechtsstaates, be-

merkenswerte Fortschritte in der Sozialpolitik und das wirtschaftlichen Wachstum in Lateinamerika nicht stattgefunden. Sie haben ihren Anteil an der besseren Beteiligung der bis dahin marginalisierten indigenen Minderheiten und der ländlichen und städtischen Armen und am Wachsen einer dynamischen Zivilgesellschaft. Die solidarische Unterstützung durch die europäischen Christlichen Demokraten, auch die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung, haben diese Fortschritte erleichtert, nicht zuletzt dadurch, dass sie das anfänglich große Misstrauen der US-amerikanischen Politik gegenüber den lateinamerikanischen Christdemokraten relativieren konnten. Die christlich-demokratische Solidarität hat sich dann auch in besonders schweren Zeiten, etwa des Pinochet-Regimes in Chile und des Bürgerkriegs in El Salvador, bewährt.

### SOLIDARISCHE ZUSAMMENARBEIT HEUTE

Was ergibt sich aus dieser Geschichte für die heutige Zusammenarbeit? Die solidarische Zusammenarbeit und der Dialog von politischen und gesellschaftlichen Kräften, die die gleichen Ziele verfolgen, ist ein unerlässliches Element der heutigen weltweiten Beziehungen. Es ist bedauerlich, dass es nach dem an sich erfreulichen Ende der großen ideologischen Debatten der 1960er und 1970er Jahre – um die Dependenztheorie, um die Entwicklungsdiktatur, um die Theologie der Befreiung – nicht zu einer weiterführenden und vertieften Diskussion darüber gekommen ist, wie eine politische Ordnung, die Freiheit mit sozialer Gerechtigkeit und verantwortungsvolle Staatsführung mit Bürgerrechten verbindet, gestaltet werden kann. Die Verminderung der weltweiten Armut, das friedliche Zusammenleben in multikulturellen und multiethnischen solidarischen Gesellschaften, die Schaffung von Lebenschancen für eine weiter wachsende Weltbevölkerung bei Erhaltung der natürlichen Umwelt erfordern nicht nur eine entsprechend globale Ordnung, sondern einen jeweiligen kontextgerechten nationalstaatlichen Rahmen. Die Frage nach seiner besten Verwirklichung wird heute überwuchert von Teilaspekten, von verschwommenen Begriffen, wie *Good Governance*, *Ownership*, *Alignment* oder *Public Management*. Sie wird geführt aufgrund mehr oder minder aussagekräftiger Indizes und einzelwissenschaftlichen, oft wirklichkeitsfremden und utopischen Theorien.

Trotz der großen Fortschritte, die viele lateinamerikanischen Staaten in den letzten Jahrzehnten gemacht haben, weist der Subkontinent in seiner Entwicklung immer noch erhebliche Defizite und politische und gesell-

schaftliche Verwerfungen auf. Dazu kann die klassische technische und finanzielle Entwicklungszusammenarbeit kaum mehr etwas beitragen. Mit Ausnahme einiger zentralamerikanischer und karibischer Staaten sind ihr Umfang zu klein und ihre Leistungen zu unerheblich. Es wäre aber ein Versäumnis, wenn der politische Dialog deshalb vernachlässigt würde. Er ist genau so wichtig wie zuvor, zumal die grundlegenden Ordnungsfragen, die sich in Lateinamerika heute stellen, den Problemen, die wir in Europa haben, mehr und mehr gleichen. Es geht auch in Lateinamerika um die richtige Ordnung des Staates als Rahmen für Wirtschaft und Gesellschaft, es geht um die Erhaltung der Umwelt, es geht um den sozialen Ausgleich für die nach wie vor riesige und zum Teil wachsende Zahl der Armen, es geht wie bei uns um die Gestaltung eines vorsorgenden solidarischen Staates anstatt eines nur umverteilenden bürokratischen Fürsorgestaates. Der Kern der eingangs zitierten Anekdoten ist dafür nach wie vor relevant: Es geht nicht um technische Lösungen, wie bei der dominikanischen Straße, sondern um Mentalitäten, um gemeinsame Werte, um den Erfahrungsaustausch und um ein *gemeinsames Handeln* gegenüber den globalen Herausforderungen.

Deshalb darf der politische Dialog nicht nur Teil des Verwaltungshandelns sein, sondern braucht das langfristige persönliche Engagement von politisch Verantwortlichen. Mit den Partnern müssten auch sensible Fragen besprochen und gemeinsam nach Lösungen gesucht werden. Für den politischen Dialog gilt die Devise, besser intensiv bei wenigen, als bei vielen oberflächlich. Der Rahmen für den politischen Dialog zwischen europäischen und lateinamerikanischen Christdemokraten ist dabei heute schwieriger als in den ersten drei Jahrzehnten der Entwicklungshilfe. Das hängt auch mit dem Niedergang der christlich-demokratischen Parteien Lateinamerikas zusammen. Politische Parteien sind aber gerade in den demokratischen Entwicklungsländern – und dazu gehört zum Glück inzwischen die Mehrheit der lateinamerikanischen Länder – als Bündelung politischer Ordnungsentwürfe unverzichtbar.

Eine der Schwierigkeiten, die wir heute sehen, ist das technokratische und bürokratische Verständnis von politischer Gestaltung. Tiefgreifende Reformen lassen sich nur aus der Mitte der Gesellschaft mit sozialen Bewegungen unter der Führung von Männern und Frauen, die überzeugend realistische Ordnungsentwürfe vertreten, verwirklichen. Hugo Chávez kann man nicht mit abstrakten Kriterien von *Good Governance* Einhalt gebieten. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat hier eine große und

schwierige Aufgabe, nämlich dazu beizutragen, die Lücke im politischen System Lateinamerikas durch Unterstützung effizienter Netzwerkbildung auszufüllen.

Ein Beitrag kann dazu auch die Intensivierung persönlicher Begegnungen auf der gesellschaftlichen Ebene sein. Die persönliche Begegnung, das Engagement in der Arbeit der Kirchen, Nichtregierungsorganisationen, der politischen Stiftungen und der „Graswurzelpartnerschaften“ hat sich in den letzten Jahrzehnten in bemerkenswertem Umfang intensiviert. Die persönliche Begegnung über einen längeren Zeitraum, oft inhaltlich begleitet von Hilfsprojekten an der Basis, hat eine wesentliche Funktion in der Entwicklungszusammenarbeit, die bisher oft unterschätzt wird. Es spricht vieles dafür, dass die persönliche Begegnung und Zusammenarbeit der erfolgreichste Teil der Entwicklungszusammenarbeit war, weil dadurch nicht nur in unserer Gesellschaft das für die Entwicklungspolitik so wichtige Problembewusstsein für die weltweite Verantwortung geweckt wurde, sondern auch, weil damit in den Partnerländern die Reformkräfte gestärkt und der gesellschaftliche Wandel voran gebracht wurde.

Die solidarische Zusammenarbeit mit Lateinamerika beschränkt sich aber nicht nur auf die nationalstaatliche Zusammenarbeit, sie hat auch einen weltpolitischen Aspekt. „Solidarität“ gründet auf einer Wechselbeziehung. Das wird bei den Solidaritätsappellen heute oft übergangen. Die Definition Max Webers hilft in ihrer pragmatischen Deutlichkeit hier weiter: Solidarität, die sich nicht nur in Worten erschöpft, sondern Handeln, Leistungen oder Verzicht erfordert, die ein werteorientiertes Handeln beinhaltet, ist immer eine „Zumutung“, die nur begründet werden kann durch ihre Gegenseitigkeit.<sup>2</sup> Die Gegenleistung, die wir von Lateinamerika erwarten können und müssen, ist das gemeinsame Eintreten für eine ökologisch nachhaltige, eine friedlichere und gerechtere Welt. Globalisierung darf sich nicht nur in Kapitalströmen, im Handel und in Investitionen erschöpfen. Für die Gestaltung der Weltgesellschaft werden der Dialog, das gemeinsame Erkennen von Herausforderungen, das gemeinsame Handeln und die wechselseitige Unterstützung immer wichtiger. Diese müssen in einem inhaltlichen Dialog und im daraus folgenden Handeln der Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft ein Gegengewicht finden. Europa und Lateinamerika brauchen einander für die Gestaltung einer weltweiten internationalen Ordnung.

- 1/ Udo Steinbach und Volker Nienhaus (Hrsg.). *Entwicklungszusammenarbeit in Kultur, Recht und Wirtschaft. Grundlagen und Erfahrungen aus Afrika und Nahost, Festgabe für Volkmar Köhler zum 65. Geburtstag.* Opladen: Leske & Budrich, 1985.
- 2/ Max Weber. *Wirtschaft und Gesellschaft. Die Wirtschaft und die gesellschaftlichen Ordnungen und Mächte. Nachlass. 1. Teilband: Gemeinschaften.* Tübingen: Mohr Siebeck, 2001, hrsg. von Wolfgang J. Mommsen unter Mitarbeit von Michael Meyer, S. 241.

# SOLIDARITÄT AUS CHRISTLICHER VERANTWORTUNG

*Rolf Koppe*

Am 1. Advent 1958 habe ich im Gottesdienst in der Stephani-Kirche in Helmstedt zum ersten Mal den Aufruf gehört, für die Aktion „Brot für die Welt“ zu spenden. Ich bin in dem Dorf Mahlum im Ambergau zwischen Seesen und Hildesheim geboren und aufgewachsen – in der Nähe der nur dem Jubilar bekannten Dörfer Hary, Störy und Bönningen. In dieser vom Rüben- und Kartoffelanbau gut lebenden Region konnte ich mir gar nicht vorstellen, dass es Menschen gibt, die noch nicht einmal „eine Hand voll Reis“ zum täglichen Leben haben.

Im Jahr 1968 hat der erste Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen, Willem Vissert 'Hooft, auf der Vollversammlung in Uppsala im Blick auf die Armut und den Hunger in der Welt gesagt: „Uns muß klar werden, dass die Kirchenglieder, die ihre Verantwortung für die Bedürftigen in irgendeinem anderen Teil der Welt praktisch leugnen, ebenso der Häresie schuldig sind wie die, welche die eine oder andere Glaubenswahrheit verwerfen“.<sup>1</sup> Vereinfacht gesagt heißt das, dass es nicht nur eine Häresie in der Lehre gibt, sondern auch Häresie im Tun und Nichtstun.



Viele von uns werden sich an die heftigen Debatten über eine „Theologie der Revolution“ oder eine „Theologie der Befreiung“ sowohl in der protestantischen als auch in der katholischen Theologie erinnern – im Horizont der marxistischen Philosophie und des weltweiten Wettbewerbs der wirtschaftlichen Systeme von Kommunismus und Kapitalismus.

1983 hat die Delegation des Evangelischen Kirchenbundes in der DDR auf der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Vancouver den Appell Dietrich Bonhoeffers von 1934 für ein Friedenskonzil in die Beratungen eingebracht, woraus dann der sehr viele Christen und Kirchen motivierende konziliare Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung wurde, der mit dem Engagement von Carl Friedrich von Weizsäcker und der Kirchentagsbewegung schnell an Dynamik gewann. Die EKD verhielt sich eher zögerlich dazu und auch die katholische Deutsche Bischofskonferenz, wie ich von den Vorbereitungskonferenzen auf die Europäische Versammlung in Basel 1989 weiß. Als diese aber auf protestantischem Boden hunderten von evangelischen, katholischen und orthodoxen Delegierten Raum zum friedlichen Protest und zur Mahnung an die Politik bot und davon eine spürbare Wirkung in der DDR ausging – bis hin zu den Andachten in der Nikolaikirche in Leipzig und zu den friedlichen Demonstrationen an vielen anderen Orten und schließlich bis zum Mauerfall und der Grenzöffnung – da merkten auch die Zögerlichen und die Abseitsstehenden etwas von der Kraft der Solidarität, die die Kirchen in Deutschland und in Europa aufgebracht hatten.

Es gab dann noch zwei weitere Europäische Versammlungen des konziliaren Prozesses: 1997 in Graz auf Einladung der katholischen Kirche und 2007 in Hermannstadt (Sibiu) im orthodox geprägten Umfeld. Sie haben aber nicht mehr die Kraft entfaltet, die sich die ökumenische Weltversammlung in Seoul 1990 erhoffte, als bekräftigt wurde, dass Gott auf der Seite der Armen steht, dass Armut ein Skandal und ein Verbrechen ist und dass es Gotteslästerung ist zu sagen, Armut entspreche dem Willen Gottes: „Jesus ist gekommen, damit wir das Leben in seiner ganzen Fülle (Johannes 10,10) haben [...] Wir sehen zwar die Notwen-

digkeit diakonischer Dienste und dringender Maßnahmen in Notsituationen ein, doch müssen wir heute erkennen, dass die Bedürfnisse der Geringsten nur befriedigt werden können, indem die Strukturen der Weltwirtschaft grundlegend verändert werden“.<sup>2</sup>

Wer der Meinung ist, dass die Einbettung der Entwicklungshilfe in die Weltpolitik erst neueren Datums ist, der sei an die Anfänge der Diskussion um 1970 herum erinnert, als die Päpste Johannes XXIII. und Paul VI. zum solidarischen Handeln in der weltweiten sozialen Frage aufriefen. Bereits 1967 hieß es in dem Weltrundschreiben *Populorum Progressio*: „Eine umfassende Entwicklung des ganzen Menschen und der ganzen Menschheit wurzelt in der natürlichen und übernatürlichen Bruderschaft der Menschen, und zwar in dreifacher Hinsicht: in der Pflicht der Solidarität, zur Hilfe, die die reicheren Völker den Entwicklungsländern leisten müssen; in der Pflicht zur sozialen Gerechtigkeit, nämlich in der Beseitigung dessen, was an den Wirtschaftsbeziehungen zwischen den mächtigen und schwachen Völkern ungesund ist; in der Pflicht zur Liebe zu allen, die im Bemühen um eine menschlichere Welt für alle besteht, in der alle geben und empfangen, ohne dass der Fortschritt der einen ein Hindernis für die Entwicklung der anderen ist“.<sup>3</sup> Von der Lösung dieser Frage, so Paul VI. bereits 1967, hänge „die Zukunft der Weltzivilisation“<sup>4</sup> ab.

Wenn man die Denkschrift der EKD *Der Entwicklungsdienst der Kirche: Ein Beitrag für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt* von 1973 unter dem Gesichtspunkt der Begründung von Solidarität liest, dann fällt der prominente Bezug auf die Trinität auf. Zitat: „Der Glaube an den dreieinigen Gott bestimmt grundlegend das Zeugnis der Kirche. Diese Grundlegung ist für die Entwicklungsverantwortung der Kirche von entscheidender Bedeutung. Von der Entwicklungsverantwortung her fällt ein neues Licht auf das, was in der neuen Weltsituation Schöpfung, Versöhnung und Neue Welt theologisch bedeuten. Gott will eine in Freiheit und Gerechtigkeit gestaltete Erde. Den Menschen beruft er dazu als seinen Mitarbeiter. Er soll die ihm verliehenen Gaben und Fähigkeiten voll ausschöpfen, um diese Erde für alle bewohnbar werden zu lassen“.<sup>5</sup>

In dieser theologischen Begründung dominiert der Gedanke, dass Gott mit uns Menschen solidarisch ist und deshalb wir mit ihm und den Mitmenschen solidarisch sein können. Weil Gott in Jesus Christus seine Liebe allen Menschen offenbar gemacht hat, weil Jesus sich auf die Seite der

Armen, Hungernden und Verfolgten gestellt hat und weil er in seinem Tun Freiheit und Selbstpreisgabe im Dienst am Nächsten gelebt hat, sind Christen aufgerufen, in ihrem Tun in der Welt dieses Handeln ihres Herrn zu bezeugen.

Ein Absatz am Ende der Denkschrift ist überschrieben mit „Christen als Anwälte der Gerechtigkeit“. Da heißt es: „Sie warten nicht bis die sozialen Probleme im eigenen Volk gelöst sind, ehe sie sich den sozialen Nöten der anderen Völker zuwenden“. Zum Beispiel „wehren sie sich gegen das Profitstreben als einzigem Motor der wirtschaftlichen Entwicklung und verhalfen solchen Maßnahmen zur Geltung, die den Ausgleich zwischen den reichen und armen Völkern erleichtern. Die Christen arbeiten dabei mit allen Menschen, unbeschadet ihrer religiösen, politischen oder weltanschaulichen Überzeugungen zusammen, die gleiche Ziele verfolgen“.<sup>6</sup>

Es gibt Stimmen, die sagen, dass solche Texte zur Legitimierung von Solidarität in christlicher Verantwortung angesichts der Globalisierung und Differenzierung der Gesamthematik neu geschrieben werden müssten. Es fehle die Bedeutung der Rolle der Frauen in der Entwicklung, die privat geleistete wirtschaftliche Hilfe, das Zerbrechen von Gesellschaften nicht nur im Norden der Welt in wenige sehr Reiche und in viele sehr arme Menschen sei nicht berücksichtigt und auch die Vor- und Nachteile der neuen Kommunikationsmittel nicht. Grundsätzlich sei zu fragen, welche fördernden oder hemmenden Wirkungen die Religionen und die von ihnen geprägten Kulturen auf die Überwindung von Armut und Hunger haben.

Der Philosoph Vittorio Hösle, der zeitweise in der Gemeinsamen Kommission für Kirche und Entwicklung mitgearbeitet hat und der Herrn Köhler, Bischof Reinhard Marx und mich zu Besuchen bei Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag begleitet hat, um für den Erhalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit seitens der Kirchen zu werben, hat in seinem großen Werk *Moral und Politik – Grundlagen einer politischen Ethik für das 21. Jahrhundert* auch ein Kapitel über „Entwicklungshilfe“ geschrieben, auf das ich zum Schluss noch Bezug nehmen möchte.<sup>7</sup> Hösle verweist darauf, dass eine materielle Ausgleichspflicht zwischen den Staaten im derzeitigen Völkerrecht abgelehnt wird. Die im Rahmen der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) getroffene Absprache, die Industriestaaten sollten

0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens in die Entwicklungshilfe stecken, sei nie als völkerrechtlich verbindlich angesehen, geschweige denn eingehalten worden. „Es ist moralisch, ja naturrechtlich klar, dass alle Menschen ein Recht darauf haben, nicht zu verhungern, und nach der Anerkennung und Durchsetzung sozialer Grundrechte im Inneren der reichen Staaten ist die Verweigerung von Hilfe bei der Bekämpfung absoluter Armut im Ausland nicht einleuchtend“.<sup>8</sup>

Die Gleichheit sei ein Grundwert der Moderne, führt Hösle weiter aus. Das Ausmaß der internationalen wirtschaftlichen Kooperation mache Ausgleichsmaßnahmen zwischen den Staaten in besonderem Maße moralisch dringlich. Im Übrigen komme es immer auf die konkreten Zwecke an, die verfolgt werden sollen. Schon immer habe es ideologische gegeben – wie Zahlungen an Abhängige im römischen Reich. In der englischen Sprache bedeute „gift“ „Gabe“, aber Gift und Gabe, beide hängen etymologisch zusammen. „Entwicklungshilfe“ und „Autonomiebestreben“ könnten sich widersprechen, wenn die Hilfe zur Abhängigkeit führt. Es gelte die Devise: „Jene Konditionen sind legitim, die im langfristigen Interesse des Empfängerlandes bzw. der Ärmsten sind, jene hingegen nicht, die nur auf eine Förderung der Wirtschaft des reicheren Landes hinauslaufen“.<sup>9</sup>

Angesichts des enormen Land- und Rohstoffkaufs Chinas, z.B. in Afrika oder auch in Afghanistan, müssten solche Maßstäbe neu ins Spiel gebracht werden. Die UNO oder einzelne Staatengruppen müssten darüber wachen können, dass keine schwerwiegenden Asymmetrien entstehen. Ein wichtiger Maßstab wäre nach Hösle „vertikale Verantwortlichkeit [...]“, die „[...] besser [ist] als horizontale Gleichgültigkeit gegenüber massiver materialer Ungleichheit, die mit formaler Gleichheit durchaus kompatibel ist“.<sup>10</sup> Das soll heißen: Eingreifen von außen kann moralisch gerechtfertigt sein. Ob es politisch klug ist, ist eine andere Frage.

Der Weg von dem Bemühen, auch in den Fremden Geschwister im Glauben zu erkennen, bis hin zur praktischen Politik auf den verschiedenen Ebenen, ist ein kompliziertes Unterfangen. So kann man seine Zweifel daran haben, ob die im Jahr 2000 von der UNO formulierten und von den Staaten bejahten Millenniumsziele, nämlich die extreme Armut bis zum Jahr 2015 zu halbieren, noch erreichbar sind. Bis zum Jahr 2006 war ich Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Kohärenz“ innerhalb der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE), und schon damals waren die Experten skeptisch. Die seit zwei Jahren die Weltwirtschaft bestimmende

Finanz- und Wirtschaftskrise hat sicherlich auch enorme praktische Auswirkungen auf die Entwicklungshilfe. Sie bietet aber auch ein wunderbares Alibi dafür, nichts zu tun oder viel weniger als ursprünglich beabsichtigt.

Das Bemühen um die Solidarität in christlicher Verantwortung bleibt davon unberührt, denn nach Calvin ist es für Gott unmöglich, nicht barmherzig zu sein. Und ich füge hinzu: für uns als Christen und als Kirchen deshalb auch nicht.

- 1| Zitiert nach: Siegfried Hermle, Claudia Lepp und Harry Oelke (Hrsg.): *Umbrüche - Der deutsche Protestantismus und die sozialen Bewegungen in den 1960er und 70er Jahren*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2007, S. 181.
- 2| Zitiert nach: Ulrich Schmitthenner (Hg.): *Ökumenische Weltversammlung in Seoul 1990. Arbeitsbuch für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Teil II, Grundüberzeugungen*. Frankfurt/Essen 1990, S. 153f.
- 3| *Papst Paul VI.: Enzyklika „Populorum Progressio“, Teil II. Um eine solidarische Entwicklung der Menschheit, Punkt 44, Rom, 1967.*
- 4| *Ebd.*
- 5| *Der Entwicklungsdienst der Kirche – ein Beitrag für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt. In: Die Denkschriften der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bd. 1/1, 2. Aufl., Gütersloh: Mohn 1981, S. 173.*
- 6| *Ebd., S. 175.*
- 7| *Vittorio Hösle: Moral und Politik. Grundlagen einer Politischen Ethik für das 21. Jahrhundert. München: Beck, 1997.*
- 8| *Ebd., S. 1019.*
- 9| *Ebd., S. 1022.*
- 10| *Ebd., S. 1022.*

## SOLIDARITÄT UND AFRIKA

Hartwig Fischer



Das Wissen über Afrika ist bei vielen unserer Mitbürger leider noch recht limitiert. Die Medien berichten über die Herausforderungen und Krisen, vor denen der afrikanische Kontinent steht. Es sind zumeist kriegerische Konflikte, Armut, Mangel in der Gesundheitsfürsorge und der Infrastruktur, ethnische Auseinandersetzungen und autoritäre Regime, die im Fokus der Berichterstattungen stehen. Afrika aber hat, als rohstoffreicher Kontinent, unglaubliche Entwicklungspotentiale. Afrika ist ein Kontinent, der im Aufbruch ist, der vor allem wirtschaftlich weiterkommen will. Für mich ist es immer wieder erstaunlich, dass viele positive Transformationsprozesse bei uns nicht wahrgenommen werden. Dabei ist die Motivation der Afrikaner, sich aus dem Teufelskreis der Armut zu befreien, beachtlich und unterstützenswert.

Durch die Fußballweltmeisterschaft, die erstmalig auf dem Schwarzen Kontinent ausgetragen wird, sehe ich eine große Chance, dass es zu einem positiven Imagewechsel kommt, der auch als Motivationsschub wirken wird. Die Afrikaner haben den Industrienationen gezeigt, dass sie, entgegen aller Bedenken, die fristgerechte Fertigstellung der Stadien und die Grundlagen für die Fußballweltmeisterschaft geschaffen haben. Sie haben damit den Willen und die Leistung gezeigt, die die Voraussetzung für diesen Erfolg sind und sie können stolz darauf sein.

Nur gemeinsam mit den afrikanischen Partnern kann der Weg in eine bessere Zukunft beschritten und die im Jahr 2000 von der internationalen Gemeinschaft beschlossenen Millenniumsziele erreicht werden. Um sich den großen Herausforderungen zu stellen, braucht der Nachbar-kontinent unsere Solidarität. Unsere Partnerschaft zu den afrikanischen Ländern muss von wertorientiertem und wertegebundenem Handeln geprägt sein. Wir stehen zu unserer Verantwortung und haben uns im Koalitionsvertrag vom Oktober 2009 ausdrücklich zu den Millenniumszielen als Grundpfeiler für unsere auf Nachhaltigkeit zielende Entwicklungszusammenarbeit bekannt. Solidarität basiert auf Vertrauen und bedeutet gegenseitige Hilfe und Eintreten füreinander. Das bedeutet für uns vor allem eines: partnerschaftliches Handeln.

Bekannt ist, dass es einen Paradigmenwechsel in der Entwicklungszusammenarbeit gegeben hat – mit dem Ziel, über Schwerpunktsetzungen die Koordination der einzelnen Akteure zu optimieren. Aufgrund bestimmter Kriterien wählen wir Partnerländer aus und konzentrieren uns dann auf Sektoren wie Bildung und Ausbildung, Gesundheitswesen, Entwicklung des ländlichen Raumes, Wasserressourcenmanagement, Ressourcenschutz, erneuerbare Energien sowie wirtschaftliche Projekte. In Regierungsverhandlungen werden dann mit dem Partnerland Schwerpunktsektoren festgelegt.

Es ist wichtig, dass wir unsere Entwicklungszusammenarbeit nicht nur zielgerichtet, sondern mit nachhaltigem Effekt einsetzen. Das gilt sowohl für humanitäre als auch wirtschaftliche Projekte. Dabei sehen wir unsere partnerschaftlichen Projekte, die wir in Kooperation mit der GTZ, der KfW, Nichtregierungsorganisationen oder kirchlichen Institutionen durchführen, immer als „Hilfe zur Selbsthilfe“ an. Das bedeutet auch Übernahme von Verantwortung durch unsere afrikanischen Partner. Gleichzeitig besteht Konsens darüber, dass in Abständen eine Evaluation der angeschobenen Projekte durchgeführt werden muss, um die Effizienz und Wirksamkeit der Projekte überprüfen zu können.

Partnerschaftliches Handeln führt zur Übernahme von Eigenverantwortung und Führerschaft. Ein Wechsel in den Gesellschaftsschichten der Entwicklungsländer muss sich aus sich selbst heraus entwickeln und kann nicht, wie in den letzten Jahrhunderten, von außen oktroyiert werden. Das beste Beispiel für diese Übernahme von Verantwortung und Führerschaft ist der große charismatische afrikanische Führer Nelson Mandela.

Er hat es verstanden, alle Bevölkerungsschichten seines Landes ohne Blutvergießen zusammenzuführen. Ein Manko ist, dass es nicht genügend afrikanischen Führer mit den Fähigkeiten und der Integrität eines Nelson Mandela gibt.

Ganz besonders die „Afrikanische Union“ (AU), die 2002 von Afrikanern für Afrika als Nachfolgeorganisation der 1963 gegründeten „Organisation Afrikanische Einheit“ (OAE) gegründete zwischenstaatliche Organisation, beweist die Bereitschaft zur Eigenverantwortlichkeit. Es zeigt sich, dass 2002 mit der Gründung der AU eine erstaunliche Dynamik der positiven Weiterentwicklung auf dem Schwarzen Kontinent in Gang gesetzt wurde. Neben gegenseitigen Sicherheitsgarantien setzt sich die AU vor allem für die Verwirklichung demokratischer Grundsätze, guter Regierungsführung und die Einhaltung der Menschenrechte in den afrikanischen Staaten ein. Jeder muss wissen: Die Kosten für Bürgerkriege belaufen sich ungefähr auf das Doppelte der globalen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit.<sup>1</sup> Deshalb sind Intervention und Krisenmanagement der AU und UN gefragt. Dabei unterstützen wir mit deutschem Know-how den Aufbau einer afrikanischen Standby-Force, damit die Afrikaner gerade zu Krisenzeiten eigenverantwortlich reagieren und handeln können. Ein Beispiel dafür ist das Kofi Annan Peace Keeping Centre in Accra/Ghana.

Besonders wichtig ist die Arbeit des Afrikanischen Gerichtshofs für Menschen- und Völkerrechte, der seit 2006 als Organ der AU die Einhaltung der Grundrechte im Sinne der Menschenrechtskonventionen überwacht. Menschenrechte ernst zu nehmen, bedeutet beispielsweise auch, bei meinen Reisen afrikanische Gefängnisse zu besuchen, weil man dadurch auf die Verhältnisse des jeweiligen Landes schließen kann. Gleiches gilt für Projekte, in denen vergewaltigte, misshandelte und traumatisierte Frauen therapiert und auf ein eigenständiges Leben vorbereitet werden. Ganz besonders schlimm sind Begegnungen mit Jugendlichen, die ihren Familien geraubt und zu Kindersoldaten ausgebildet wurden. Diese Kinder und Jugendlichen in Projekten an das normale Leben zu gewöhnen und ihnen eine Perspektive zu geben, ist langwierig, mit zahlreichen Rückschlägen verbunden und für die Betreuer nicht einfach.

Solidarität und partnerschaftliches Handeln für Afrika geschieht immer im Kontext der Forderung nach Einhaltung der Menschenrechte, der guten Regierungsführung und der daraus resultierenden Stabilität eines Landes. Wir unterstützen Demokratisierungsprozesse, denn sie bedeuten

die Einbindung der Bevölkerung in politische Entscheidungen. Aber Wahlen allein sind nicht genug für die Bildung von Demokratien. Durch sie werden Regierungen zwar gebildet und legitimiert, aber es ist die Art der Machtausübung, die Qualität des Regierungshandelns, die entscheidend ist. Das bedeutet auch, dass „[...] Parlamente einen wirksamen Beitrag zu Good Governance und entwicklungsorientierter Transformation leisten können, wenn sie willens und in der Lage sind, ihre Legislativ-, Kontroll- und Repräsentationsfunktionen wirksam wahrzunehmen und die Macht der Exekutive zu limitieren“.<sup>2</sup> Kurz gesagt bedeutet dies: rechtsstaatliches und transparentes Handeln zur positiven Weiterentwicklung eines Landes. Diese Demokratisierungsprozesse anzuschließen und zukunftsorientiert zu begleiten, ist eine der Hauptaufgaben und Herausforderungen unserer politischen Stiftungen.

Wir sind uns bewusst, dass die Demokratisierungsprozesse in Afrika häufig länger brauchen, da die dafür erforderlichen Grundlagen und Strukturen oft nur unzureichend oder nicht vorhanden sind und deshalb erst geschaffen werden müssen. Eine erstarkende Zivilgesellschaft muss besonders dort gefördert werden, wo demokratische Strukturen wenig ausgeprägt und benachteiligte Bevölkerungsgruppen ausgegrenzt werden. Je aufstiegsoffener und sozial fließender die Gesellschaft eines Entwicklungslandes ist, um so eher wird eine politische und wirtschaftliche Stabilisierung erreicht.

Es gibt „prosperierende“ Entwicklungsländer wie z.B. Angola oder Nigeria mit Reichtum bringender Ölförderung. Daneben es gibt „arme“ Entwicklungsländer ohne Zugang zum Meer und ohne wichtige Ressourcen, wie diejenigen in Zentralafrika, die zum Teil auch Nachbarn haben, in denen Bürgerkriege geführt werden. Unsere Solidarität, diesen Ländern zu helfen, damit sie aus der Armutsfalle kommen und sich wirtschaftlich weiterentwickeln können, ist besonders wichtig. Solange Rohstoffe gegen Waffen gehandelt werden, politische Gewalt und Willkür herrschen, sind Stagnation, Korruption, mangelnde Bildung und bitterste Armut allgegenwärtig. Dies ist der Nährboden, auf dem Staatsstrieche, Kriminalität, religiöser Fanatismus und Terrorismus gedeihen. Dies hat auch Auswirkungen auf die Industrienationen.

Kontrollfunktionen innerhalb Afrikas, ich gebe hier das Stichwort „*African Peer Review Mechanism*“, also Transparenz durch gegenseitige Kontrolle und der Kampf der Regierenden gegen Korruption und organisierte Krimi-

nalität, zählen zu den Grundvoraussetzungen eines demokratischen und funktionierenden Staatswesens. Der Weg zu *Good Governance* ist nur über *Capacity-Building* zu erreichen. Dies ist nicht einfach und ich habe großen Respekt vor den Leistungen, die viele Länder des afrikanischen Kontinents auf diesem Gebiet erbracht haben. Hier ist Zusammenarbeit dringend nötig. Beispielhaft ist dafür die Arbeit der Auslandsbüros der politischen Stiftungen, deren Angebote zur Beratung und Weiterbildung auf dem Gebiet demokratischer Ordnungen und Strukturen. Tatsache ist, dass dort, wo die Bürger an transparenten und nachvollziehbaren politischen Prozessen beteiligt sind, die Motivation, ihre gegenwärtige Situation in eine positivere zu ändern, höher ist.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit ist auf dem Gesundheitssektor in Afrika sehr aktiv. Eine Geißel des afrikanischen Kontinents sind AIDS-Erkrankungen und die vielen Varianten hoch ansteckender Fieberkrankheiten wie z.B. Ebola- oder Lassa-Fieber aber auch Tbc und Malaria. Ein Fünftel der AIDS-Infizierten lebt in Staaten südlich der Sahara. Die Prognosen für viele Infizierte sind schlecht, da eine adäquate medizinische Versorgung sowie der Zugang zu Medikamenten bisher nur beschränkt möglich ist. Die Ausbreitungen von AIDS und anderen Infektionskrankheiten bringt dramatische demographische Folgen mit sich und hat auch Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation eines Landes.

Gründe für die starke Ausbreitung von Infektionskrankheiten in Entwicklungsländern sind die wachsende Verstädterung, die damit einhergehenden dichteren Siedlungsformen und die schlechten hygienischen Verhältnissen. Mangelnde Aufklärung und Ausbildung, die Verbreitung von Infektionskrankheiten durch Binnenflüchtlinge als Folge der Bürgerkriege und mangelnde Gesundheitsversorgung tun ein Übriges. Auch gibt es, bedingt durch Arbeits- und Flüchtlingsmigration und den Tourismus, Auswirkungen für die Industrienationen.

Die Zahlen sprechen eine ganz deutliche Sprache. Gegenüber den „prosperierenden“ Entwicklungsländern haben „arme“ Entwicklungsländer nur ein Fünftel des Einkommens eines Bewohners eines „prosperierenden“ Entwicklungslandes. Die Auswirkungen erfahren vor allem Mütter und Kinder. Die Kindersterblichkeit liegt hier bei 14 Prozent, das bedeutet, dass viele Kinder vor Vollendung ihres fünften Lebensjahres sterben. Dies betrifft vor allem Kinder in den Ländern südlich der Sahara. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit fördert viele Projekte, die sich

dieses Themas annehmen, um die Kinder- und Müttersterblichkeit über Aufklärung, Medikamente und den Einsatz medizinischen Personals zu senken.

Zu begrüßen ist das Entstehen von Kleinstunternehmen über Mikrokredite auf dem afrikanischen Kontinent. Kredite setzen immer partnerschaftliches Vertrauen des Kreditgebers zum Kreditnehmer voraus und sind ein Paradebeispiel für Hilfe zur Selbsthilfe. Mikrokredite fördern die Eigeninitiative und stellen eine nachhaltige Existenzsicherung für die Familien dar. Allerdings stellt sich jetzt heraus, dass ein Folgeprogramm für die sich gut entwickelnden Klein-Unternehmen aufgelegt werden müsste. Eines, das Kredite vermittelt, die zwischen den Mikrokrediten und Großkrediten liegen und das mit realistischen Zinssätzen.

Hervorzuheben ist auch die Solidarität deutscher Mittelständler oder Kleininitiativen mit Afrika. Sie schieben mit großer Passion die unterschiedlichsten Projekte an. Ein Projekt zur Ausbildung afrikanischer Jugendlicher war für mich besonders eindrucksvoll. Es ist ein Projekt, das jungen Waisen im Bauhandwerk eine Perspektive gibt. Auf die Frage, wieso gerade im Bauhandwerk wurde vom Initiator des Projektes erklärt: „Diesen jungen Leuten fehlt das Geld für eine kostspielige Ausbildung und was braucht man für das Bauhandwerk? Eine Schaufel, eine Kelle, eine Schnur und das *Know how*. Das Beste aber ist: In afrikanischen Städten und Dörfern geht es voran, es wird immer gebaut!“ In diesem Projekt wird das duale Ausbildungssystem, das wir in Deutschland haben, durchgeführt. Die jungen Leute werden von einem deutschen Meister bis zur Gesellenprüfung geführt und ihnen somit eine solide Grundlage zur Existenzsicherung gegeben.

Der Reichtum an Rohstoffen, die weltweit nachgefragt und daher preislich hoch gehandelt werden, weckt Begehrlichkeiten und fördert – falsch eingesetzt – Gewalt. Dem ungehemmten und illegalen Abbau von Rohstoffen wie Kupfer, Zinn oder Diamanten oder dem Abholzen von Tropenwäldern zur Bereicherung einiger Potentaten und zur Finanzierung von Krieg und Gewalt, muss gegengesteuert werden. Die Kampagne „*publish-what-you-pay*“ fordert eine verpflichtende Offenlegung von Steuern, Förderzinsen und Konzessionszahlungen durch die Unternehmen an Regierungen und andere öffentliche Institutionen.<sup>3</sup> Wir zeigen genauso Solidarität, wenn wir nicht nur auf eine Zertifizierung von Diamanten, den überwachten Abbau der Rohstoffe, sondern auch auf eine Transpa-

renz der Handels- und Zahlungswege bestehen. Gerade im Hinblick auf die sich entwickelnde afrikanische Wirtschaft sollte es Ziel sein, dass über diese Kontrolle die innerafrikanische Wertschöpfung eine breitere Basis bekommt.

In den letzten Jahrzehnten hat China rege Aktivitäten auf dem afrikanischen Kontinent entwickelt. Es erscheint auf den ersten Blick bestechend, dass die Chinesen sich anbieten, die Infrastruktur eines afrikanischen Landes zu verbessern. Dabei wird leicht übersehen, welche weitreichende Folgen der „*deal*“ mit den Chinesen hat. Nicht nur, dass alle Arbeitskräfte und das gesamte Baumaterial aus China kommen und somit der afrikanische Wirtschaftskreislauf überhaupt nicht einbezogen wird. Der Abbau von Rohstoffen durch China ist der Gegenwert dieser Leistungen. Dass dabei Ressourcenschutz keine Rolle spielt, kann man sich denken. Ich denke, dass wir durch unsere Form der Projekte in Afrika mehr Solidarität und Nachhaltigkeit zeigen, denn sie beinhalten *Capacity-Building*.

Die Zusammenarbeit von deutschen mittelständischen Unternehmen mit Afrikanern durch das *Public Private Partnership*-Programm (PPP) braucht mehr Unterstützung. Diese Projekte müssen den Zielen unserer Entwicklungspolitik, vor allem der Nachhaltigkeit und des Ressourcenschutzes, entsprechen. Darüber hinaus müssen sich die Partner nicht nur gleichberechtigt begegnen, sondern sich auch in ihren Leistungen ergänzen. Ich würde mir sehr wünschen, wenn mehr mittelständische deutsche Unternehmen den Schritt nach Afrika wagen und PPP-Projekt durchführen. Segensreich bei Wirtschaftspartnerschaften mit Afrika ist die engagierte Arbeit des Afrika-Vereins der Deutschen Wirtschaft, die eine noch stärkere Unterstützung erhalten sollte. Aufstrebender Handel und damit wirtschaftlicher Aufstieg, sind die wirksamsten Instrumente gegen Armut und die Hinwendung zu Gewalt und zum Terrorismus. Das BMZ trägt durch die christlich-liberale Koalition jetzt wieder seinen Namen *wirtschaftliche Zusammenarbeit* zu Recht.

Die wirtschaftliche Eigendynamik, die auf dem afrikanischen Kontinent zu beobachten ist, müssen wir, auch in unserem Interesse, unterstützen. Je höher und sicherer das Einkommen der Bürger, desto mehr wird für die Bildung und Ausbildung der nachfolgenden Generation getan. Das wiederum bedeutet wirtschaftliche und soziale Perspektiven für die Bürger im eigenen Land und mindert die Tendenz zur Migration in die Industriestaaten.

Da sich Wissensdefizite immer negativ auf den wirtschaftlichen Aufstieg eines Landes auswirken, ist die Entwicklung menschlicher Ressourcen, also der Ausbau des Bildungswesens eine Grundvoraussetzung für alle anderen Bereiche. Diese Defizite auszugleichen und die Bildung und Ausbildung in den Entwicklungsländern zu fördern, muss Schwerpunkt sein. Beachtlich ist, dass die Situation auf dem Bildungssektor, als Teil der Millenniumsziele, erfreuliche Ergebnisse aufzeigen kann. Der Bericht zu den UN-Millenniums-Entwicklungszielen von 2009 sagt aus, dass die Grundschulbesuchsrates in den Entwicklungsländern im Zeitraum vom Jahr 2000 bis 2007 von 83 auf 88 Prozent gestiegen ist. Die erfreulichsten Quoten verzeichnen mit einem Anstieg von 15 Prozentpunkten die Länder südlich der Sahara.<sup>4</sup> Bildung und Ausbildung bedeuten für die Menschen eines: Den Ausweg aus Hunger und Armut.

Auch einer anderen Gefahr muss entgegen gewirkt werden. Es ist vor allem der Anreiz einer besseren wirtschaftlichen Situation und mehr Lebensqualität, der zur Migration führt. Dieser *brain drain* hat negative Folgen, denn damit reduziert sich in den Entwicklungsländern das dringend benötigte Wirtschafts- und Forschungspotential. Deshalb gibt es jetzt in unserem Arbeitskreis Afrika Überlegungen, in Ländern, wie zum Beispiel dem Senegal, berufliche Bildung für afrikanische Migranten, die als *boat people* aufgegriffen werden, zu schaffen, um ihnen damit in Ihren Herkunftsländern mit Mikrofinanzen den Aufbau einer neuen Existenz zu ermöglichen.

Auf der anderen Seite beobachten wir einen großen Wissenstransfer von Studenten, die über Stipendien an Hochschulen und Universitäten der Industriestaaten ausgebildet wurden. Viele gehen in ihre Heimatländer zurück, um sich dort eine Existenz aufzubauen. An vielen Universitäten gibt es Vereinigungen, die nicht nur Vorbereitungsseminare zur Existenzgründung in ihren Heimatländern durchführen, sondern auch eine starke Vernetzung der ausländischen Alumni forcieren. Die Existenzgründungen zu unterstützen, ist auch in unserem Sinne, denn sie werden immer auf Geräte, die sie aus Deutschland kennen und an denen sie gearbeitet haben, zurückgreifen. Dies wiederum kommt unserer heimischen Wirtschaft zugute.

Bei der Vereinbarung der Millenniumsziele im Jahre 2000 wurde zur Erreichung der Ziele mit dem Jahr 2015 eine verbindliche zeitliche Vorgabe gegeben. Dabei wurde es den Mitgliedsstaaten überlassen, wie sie

ihre Strategie festlegen. Allerdings werden die bisherigen Ergebnisse in Intervallen durch den *Global Monitoring Report* überprüft. Aufgrund der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise steht zu befürchten, dass die angestrebten 0,7 Prozent des Bruttosozialproduktes und die für das Jahr 2015 vereinbarten Millenniumsziele nicht erreicht werden können. Reduziertes Wirtschaftswachstum in den Industriestaaten und damit einhergehende Reduzierung auch von Hilfsgeldern und die spürbarer werdenden Auswirkungen des Klimawandels behindern das Erreichen der angestrebten Ziele. Das bedeutet, dass nur dann, „[...] wenn die Weltgemeinschaft mit konstruktiven Maßnahmen auf die Krise reagiert, die Ziele noch zu erreichen sind.“<sup>5</sup>

Jeder von uns kann auch persönlich einen Beitrag zur Entwicklung Afrikas leisten. Einmal im Jahr bitte ich alle afrikanischen Botschafter und Unternehmer zu einem „*Africa Meets Business*-Abend“. Hier können in zwangloser Form Kontakte geknüpft und Geschäftsbeziehungen angebahnt werden. Auch lade ich in regelmäßigen Abständen afrikanische Botschafter und Entscheidungsträger in meinen Wahlkreis ein. Diese Einladungen dienen der Festigung bestehender und dem Knüpfen neuer Kontakte für unsere Wirtschaft und die Universität. Seien es, um nur einige Beispiele zu nennen, die Bereiche Bildung, Gesundheit, Landwirtschaftstechnik, Medizin, Meteorologie oder Solarenergie. Wir haben Unternehmen, die Lösungen zur Reduzierung von Defiziten in den unterschiedlichsten Bereichen bieten. Diese können bei den Besuchen sehr gut ihre Produkte darstellen. Besonders auf dem Gebiet der Bildung, d.h. der Lehrmittel für Schulen, Universitäten und Institute verfügen wir über Unternehmen, die sich seit einigen Jahren auf dem afrikanischen Markt hervorragend etabliert haben. Den Wahlkreis Göttingen als Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort zu präsentieren und zu beobachten, welche gute Geschäftsbeziehungen – zu beiderseitigem Gewinn – sich daraus entwickeln, schafft auch mehr Akzeptanz bei den Bürgern für die Entwicklungszusammenarbeit und Partnerschaft mit afrikanischen Ländern.

Deutschland hat mit der Unterzeichnung der Millenniumsziele ein Versprechen gegeben, und Versprechen muss man halten. Deshalb: Afrika braucht unsere Solidarität, weil es auf gutem Wege, aber noch lange nicht am Ziel ist.

- 1| Paul Collier: *The Bottom Billion*. Oxford: Oxford University Press, 2007, S. 32.
- 2| BMZ: *Entwicklungsorientierte Transformation bei fragiler Staatlichkeit und schlechter Regierungsführung, Konzepte 149*, 2007, S. 31.
- 3| Anne Reinhardt-Salcinovic: „Informelle Strategien zur Korruptionsbekämpfung. Der Einfluss von Nichtregierungsorganisationen am Beispiel von Transparency International“. *Beiträge zum Transnationalen Wirtschaftsrecht*. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Heft 55, 2006, S. 17f.
- 4| Vereinte Nationen (Hrsg.): *Millenniums-Entwicklungsziele. Bericht 2009*, New York, S. 4.
- 5| *Ebd.*, S. 3

## AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN DER ENTWICKLUNGSPOLITIK

*Bernd Eisenblätter*



Die Globalisierung und ihre ökonomischen, politischen, sozialen und ökologischen Konsequenzen stellen heute die zentralen Rahmenbedingungen der Entwicklungspolitik dar. Dabei gehen die Herausforderungen weit über die „klassischen“ Themen der Entwicklungspolitik hinaus, wie die Bekämpfung der Armut oder die Stärkung der Bildungs- und Gesundheitssysteme in den Partnerländern. Klimawandel, Reduzierung der Biodiversität, Sicherheitskonflikte und staatliche Fragilität sowie weltweite Migrationsbewegungen stellen globale Herausforderungen dar, die für die Entwicklungspolitik immer wichtiger werden. Darüber hinaus fördert sie schon seit den 1990er Jahren verstärkt gute Regierungsführung, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Geschlechtergerechtigkeit in den Partnerländern. Hinzu kam in den letzten Jahren die Unterstützung der Partnerländer bei der Bewältigung globaler Krisen, wie der Nahrungsmittel- und der Energiekrise oder der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Entwicklungspolitik wird vor diesem Hintergrund als Teil der globalen Strukturpolitik begriffen. Gerade auch Klima- und sicherheitspolitische Fragen haben für die Entwicklungspolitik in letzter Zeit deutlich an Bedeutung gewonnen und

wurden auf internationalen Konferenzen und in Erklärungen verstärkt thematisiert. Das Klimaportfolio im BMZ beispielsweise ist deutlich gewachsen, und gleichzeitig bekam auch das BMU mehr ODA-Mittel für Klimaschutzaktivitäten. Ebenso hat das Thema Sicherheit stark an Bedeutung für die Entwicklungspolitik Deutschlands gewonnen. Gerade das Beispiel Afghanistan zeigt, dass Entwicklung ohne Sicherheit kaum möglich, aber auch Sicherheit ohne Entwicklung nur schwer vorstellbar ist. Afghanistan ist auch ein Beispiel dafür, dass das Konzept der vernetzten Sicherheit abgestimmte Aktivitäten verschiedener Bundesressorts (inklusive des BMZ) erfordert.

Aufgrund dieser Entwicklungen der letzten Jahrzehnte hat sich die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) zur internationalen Zusammenarbeit (IZ) erweitert. Dabei sind die Anschlussfähigkeit der Entwicklungspolitik an andere Politikfelder und die Kohärenz der verschiedenen außengerichteten Politiken zu wichtigen Themen sowohl auf nationaler als auch auf europäischer und internationaler Ebene geworden.

Die aktuelle Ausrichtung der deutschen Entwicklungspolitik wird im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und der FDP folgendermaßen beschrieben: „In der Verfolgung der Ziele unserer Entwicklungspolitik kommen unsere Werte und Interessen gleichermaßen zum Ausdruck.“ Während die Werteorientierung der deutschen Entwicklungspolitik seit den sogenannten Spranger-Kriterien (Menschenrechte, Partizipation, Rechtssicherheit, marktorientierte Wirtschaftsordnung, Entwicklungsorientierung) einem überparteilichen Konsens entsprach, war die Verfolgung eigener Interessen in der Entwicklungspolitik durch die Zeiten der Blockkonfrontation zwischen Ost und West, als Entwicklungspolitik in erster Linie ein Instrument des Kalten Krieges war, diskreditiert. So dominierte in der Zeit nach Ende des Ost-West-Konfliktes eine Haltung in der Entwicklungspolitik, die die Existenz eigener Interessen der Geberländer kaum thematisierte oder gar ausblendete.

Dabei ist die Verfolgung eigener Werte und Interessen in der Entwicklungspolitik nicht nur legitim, sondern auch eine stabile Basis für eine echte Partnerschaft zwischen Geber- und Partnerländern, sofern die Werte und Interessen der Partnerländer ebenfalls angemessene Berücksichtigung finden. Ein Dialog über Werte und Interessen, der die Auseinandersetzung über die Veränderung von Wertvorstellungen einschließt und Interessen als wichtigste Antriebsfeder für Eigenverantwortung

(*Ownership*) begreift, ist die Grundlage einer Zusammenarbeit zwischen Geber- und Partnerländern, die die nachhaltige Entwicklung in den Partnerländern wirksam unterstützt.

Als Mitglied der Weltgemeinschaft und Mitverursacher globaler Krisen wie dem Klimawandel oder der Finanz- und Wirtschaftskrise muss sich Deutschland seiner globalen Verantwortung stellen und hat sich verpflichtet, seinen Beitrag zu den international vereinbarten Entwicklungszielen einschließlich der *Millennium Development Goals* (MDGs) zu leisten und die ODA-Mittel bis 2015 auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) zu erhöhen. Aber das Engagement für die gerechte Gestaltung der Globalisierung oder den Schutz des Weltklimas ist keineswegs nur im Interesse der Partnerländer, sondern auch im deutschen Interesse. Der Klimawandel, der schon heute viele Partnerländer der Entwicklungszusammenarbeit in starkem Maße betrifft und zur Zunahme von Dürren, Überschwemmungen und Wirbelstürmen führt, macht nicht vor unseren Grenzen halt. Gleiches gilt für die Flüchtlings- und Migrationsströme, verursacht durch Armut und Perspektivlosigkeit, Bürgerkriege und Terrorismus sowie durch den Klimawandel bedingte Umweltkrisen und Naturkatastrophen. Auch Krankheiten wie HIV/AIDS, Tuberkulose etc. stellen eine weltweite, auch Deutschland betreffende Bedrohung dar. Ebenso bedroht die Zunahme von politischer Instabilität und gewaltsam ausgetragenen intra- oder interstaatlichen Konflikten deutsche Sicherheitsinteressen. Von großer Bedeutung für eine exportorientierte Industrienation wie Deutschland sind auch stabile Umfeldbedingungen in rohstoffreichen Ländern und weltweiten Märkten.

Deshalb dient die Entwicklungspolitik in vielen Partnerländern dem Schutz globaler öffentlicher Güter (z.B. Klima, Sicherheit, Gesundheit). Ob Kongo, Kolumbien, Kambodscha, Kosovo oder Afghanistan: Die EZ unterstützt dort die Friedenskonsolidierung und die Wiedereingliederung von ehemaligen Kämpfern in die Gesellschaft ebenso wie den Polizeiaufbau und den Bau von Polizeistationen. Im Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes unterstützt die EZ beispielsweise im Auftrag des BMZ und des BMU die Umsetzung internationaler Vereinbarungen (Klima, Biodiversität, Desertifikationsbekämpfung etc.) und Initiativen (z.B. die internationale Klimaschutzinitiative).

In der Kooperation mit Schwellenländern stehen gemeinsame Anstrengungen zum Schutz dieser globalen öffentlichen Güter und zur Bewältigung regionaler und globaler Herausforderungen sogar deutlich im Fokus der Entwicklungspolitik. Hier geht es um die Entwicklung strategischer Partnerschaften, um gemeinsame Umwelt-, Sicherheits-, Wirtschafts- und Wissenschaftsinteressen zu verfolgen. Der Koalitionsvertrag spricht in diesem Zusammenhang davon, „die Zusammenarbeit mit Schwellenländern zu Partnerschaften für eine nachhaltige Gestaltung der Globalisierung in gegenseitiger Verantwortung weiterzuentwickeln“. Dabei muss die Entwicklungspolitik verstärkt mit anderen Politikfeldern zusammenarbeiten, um die außengerichteten Aktivitäten und Interessen zu bündeln. Auch politische Stiftungen, wie die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), fördern die Kooperation mit Schwellenländern durch Unterstützung von Dialogprozessen über regionale und globale Themen. So hat beispielsweise die KAS im März dieses Jahres gemeinsam mit einem ihrer Partner, dem *Institute of Peace and Conflict Studies*, eine Konferenz mit Vertretern führender Think Tanks aus Brasilien, Südafrika, Indien und Deutschland in New Delhi durchgeführt, bei der u.a. Fragen des Klimaschutzes und der Sicherheitspolitik thematisiert wurden.

Gerade die Zusammenarbeit mit den Schwellenländern zeigt auch die Richtung auf, in die sich die Entwicklungspolitik zunehmend entwickelt hat und weiter entwickeln muss: Von einer (Mittel-)Transferlogik hin zu einer Kooperation, in der beide Seiten ihre Werte und Interessen zum gegenseitigen Nutzen einbringen, von der Fokussierung auf Armutsbekämpfung hin zu einer Zusammenarbeit, die gemeinsame Lösungen für globale Herausforderungen und Problemstellungen anstrebt.

Die Diskussion der letzten Jahre über die Erhöhung der Wirksamkeit der Geberbeiträge (*Aid Effectiveness Agenda*) hat zu bedeutenden Fortschritten bei der Verständigung zwischen Partnerländern und Gebern über die Optimierung der Art und Weise geführt, wie Entwicklungszusammenarbeit gestaltet wird. Die fünf Prinzipien der Pariser Erklärung (*Ownership, Alignment, Harmonisation, Mutual Accountability, Managing for Results*) stellen einen international abgestimmten verbindlichen Rahmen für die Entwicklungspolitik und eine gute Grundlage für die Verbesserung der Wirksamkeit der Geberbeiträge dar. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit arbeitet an der Umsetzung der Pariser Erklärung (2005) und des Accra Aktionsplans (2008) sowie an der Vorbereitung auf das *High Level Forum* (HLF) 4 in Südkorea (2011) konstruktiv mit, sowohl in den

verschiedenen EU- und DAC-Gremien als auch vor Ort in den Partnerländern.

Die *Aid Effectiveness Agenda* ist in den letzten Jahren aber auch durch eine ideologisch geprägte Verengung und eine kleinteilige bürokratische Normativität gekennzeichnet, die u.a. beim Monitoring der Pariser Erklärung (*PD Monitoring*) deutlich geworden ist. Sie fixiert einseitig auf die Bereitstellung von Gebermitteln an den Zentralstaat in Gestalt des Finanz- oder Planungsministeriums in den Partnerländern und ist damit einer Finanzierungslogik und Planungsgläubigkeit verhaftet. Durch die (Mittel-)Transferlogik ist in der Diskussion um die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit die Bedeutung entwicklungsförderlicher Rahmenbedingungen weltweit sowie in den Partnerländern und die notwendige Einbettung der Entwicklungszusammenarbeit in die anderen Politikfelder der internationalen Zusammenarbeit aus dem Blickfeld geraten, obwohl diese Faktoren im Accra-Aktionsplan durchaus erwähnt werden. Die *Aid Effectiveness Agenda* steht letztlich für eine Input-Orientierung, da sie auf die Verbesserung der Art und Weise fokussiert, wie die Geber untereinander und mit dem Partner die EZ ausgestalten.

Dabei ist das eigentliche Ziel der Entwicklungspolitik aus dem Blickfeld geraten: die Verbesserung der Lebenssituation der Bevölkerung in den Partnerländern und die Wirksamkeit der entsprechenden Beiträge der verschiedenen Politikfelder der internationalen Zusammenarbeit (*Development Effectiveness*). Vor diesem Hintergrund muss die *Aid Effectiveness Agenda* zu einer *Development Effectiveness Agenda* weiterentwickelt werden, wie es auch im Rahmen der Vorbereitung auf das HLF 4 in Südkorea gefordert wird (u.a. von vielen internationalen *Civil Society Organisations*). Nur als Teil einer „*Agenda of Effectiveness of International Cooperation*“ kann die *Aid Effectiveness Agenda* ein sinnvoller Baustein einer umfassenden *Development Effectiveness Agenda* sein, in deren Zentrum die Umsetzung von international vereinbarten Entwicklungszielen einschließlich der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) steht.

Wichtige Elemente einer zukünftigen *Development Effectiveness Agenda* könnten sein:

- Austausch über unterschiedliche Wertvorstellungen und Wertewandel als Teil von Entwicklung,
- Interessen als Motor von *Ownership* und Entwicklung,
- gemeinsame Verantwortung von Partnern und Gebern für Entwicklungsmaßnahmen,
- Einbeziehung der Wirtschaft und Zivilgesellschaft als wichtige Akteure für Entwicklung,
- Erweiterung der Entwicklungszusammenarbeit zur internationalen Zusammenarbeit,
- Politikkohärenz für Entwicklung auf Geberseite,
- Orientierung auf Wirkungen im Sinne von *Impacts* (nachhaltige Entwicklungsfortschritte eines Landes, die durch eine Vielzahl von unterschiedlichen Faktoren bewirkt wurden).

Entwicklung in den Partnerländern ist ohne Veränderung von Wertvorstellungen bzw. Wertewandel kaum vorstellbar. Die Geber stehen selbst für bestimmte Werte, die eine wichtige Rolle bei der Legitimierung der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit gegenüber den Bürgern ihres Landes spielen. Vor diesem Hintergrund ist der Dialog über den erforderlichen Wertewandel Teil einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Geber- und Partnerländern.

Basis dieser partnerschaftlichen Zusammenarbeit sind die Interessen von Geber- und Partnerländern. Die Entwicklungspolitik sollte die Antriebskraft von Interessen in den Partnerländern systematisch nutzen und auf eine transparente Aushandlung von Kompromissen zwischen unterschiedlichen Interessen hinwirken. Auch die Eigeninteressen von Geberländern können wichtige Beiträge zur Entwicklung in den Partnerländern leisten, wenn z.B. aufgrund eigener Interessen am weltweiten Umwelt- und Klimaschutz die Nachhaltigkeit der Wirtschaftssysteme in den Partnerländern gefördert und aufgrund eigener Sicherheitsinteressen Strategien der Konfliktminderung und -prävention unterstützt werden.

Partnerschaftliche Zusammenarbeit bedeutet auch, dass der Schritt von gegenseitiger Rechenschaftspflicht zu gemeinsamer Verantwortung von Gebern und Partnern für Entwicklungsvorhaben vollzogen wird. Anstatt nur die *Ownership* der Partnerländer im Blick zu haben und sie mit der

Verfügungsgewalt des Finanz- oder Planungsministeriums des Partnerlandes über Gebermittel gleichzusetzen, sollte die Mitverantwortung der Geber für die notwendigen Entwicklungs- und Veränderungsprozesse und die *Ownership* aller relevanten gesellschaftlichen Akteure in den Partnerländern ins Blickfeld gerückt werden.

Die Wirtschaft muss noch stärker als bisher als Faktor von Entwicklung einbezogen werden. Wirtschaftsinteressen sind zwar nicht immer deckungsgleich mit entwicklungspolitischen Prioritäten, aber die private Wirtschaft ist ein wichtiger Partner der Entwicklungszusammenarbeit bei der Unterstützung einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung in den Partnerländern, einschließlich der Schaffung von Arbeitsplätzen und Möglichkeiten beruflicher Qualifizierung.

Aber nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Zivilgesellschaft ist ein wichtiger Entwicklungspartner der staatlichen EZ. Zivilgesellschaftliche Akteure spielen eine große Rolle bei der Entwicklung von demokratischer Partizipation und Transparenz staatlichen Handelns in den Partnerländern, erbringen darüber hinaus aber auch wichtige Dienstleistungen in Ergänzung oder z.T. auch als Substitut staatlicher Leistungen.

Die Erweiterung der Entwicklungszusammenarbeit zur internationalen Zusammenarbeit hat zu erhöhten Anforderungen an die Politikkohärenz für Entwicklung auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene geführt. Vor diesem Hintergrund ist es einer der Schwerpunkte der neuen BMZ-Leitung, sowohl innerhalb der Bundesregierung als auch in der EU und in internationalen Strukturen mehr Kohärenz für Entwicklung zu erreichen.

Die Diskussion um *Aid Effectiveness* hat sich auf die Erhöhung der Wirksamkeit der Geberbeiträge fokussiert und ist damit inputorientiert. Notwendig ist aber eine Orientierung auf Wirkungen bei der Umsetzung internationaler Entwicklungsziele wie der MDGs und damit bei der Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung in den Partnerländern im Sinne von *Development Effectiveness*. Bei einer solchen Orientierung auf Wirkungen kann *Aid Effectiveness* nur Mittel zum Zweck sein, aber kein Selbstzweck. In diesem Sinne muss die *Aid Effectiveness* zu einer *Development Effectiveness*-Agenda weiterentwickelt werden.

# WAS STEHT HINTER DER ENTWICKLUNGSPOLITIK?

DANKREDE

*Volkmar Köhler*



Ich bin der Konrad-Adenauer-Stiftung aufrichtig dankbar für dieses Symposium. Herr Pöttering hat in seinen Worten, um ihnen Farbe zu geben, Verschiedenes erwähnt, was offenbar für mich aussagekräftig ist. So hat er zum Beispiel Kneipen im Busch gefunden, wo ich angeblich gesessen habe. Das fällt mir schwer nachzuvollziehen. Aber meine Eindrücke, mein Denken und Handeln hätten sich nicht so entwickelt, wenn ich nicht immer wieder an den verschiedensten Stellen dieser Welt mit Menschen vor Ort und Repräsentanten der Konrad-Adenauer-Stiftung zu tun gehabt hätte, die mir Dinge zeigten, von denen ich zunächst nichts wusste. Wer hier unter uns weiß denn etwas über die Geschichte der christlichen Mission in der heutigen Republik Südafrika mit ihren Gebieten, die von den Missionaren sorgfältig abgeschirmt wurden, damit ihre Schäfchen nicht überrollt wurden von der neuen Zeit und der neuen Wirtschaft, sondern dass sie als Christen ein gutes Stück ihrer Eigenheit bewahren konnten? Wer weiß denn, wo in Pretoria die Aufzeichnungen, nicht der europäischen Missionswerke, sondern der isoliert in der Weite des unerschlossenen Landes lebenden Missionare zu finden sind, die kaum noch jemand benutzt? In der Fernuniversität!

Ich traf Frank Spengler, der von 1991 bis 1996 Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung für Südafrika war, und so kam ich auf diese Wege. Und das ist nur einer, von dem ich sagen könnte, dass er mir Dinge gezeigt hat, die hinterher für mich von großem Nutzen waren. Diese Begegnungen und Erfahrungen zeigen eben auch eins sehr deutlich: Es genügt nicht, nur den Mund aufzumachen, man muss auch schlucken. Nur dann kann man zunehmen. Deshalb nochmals: Herzlichen Dank an die Stiftung. Sie hat mir viele Möglichkeiten geboten, die Dinge so zu runden, wie es mir nun nachgesagt wird.

Was hat mich angetrieben, was war der Grund für mein Engagement? Vordergründig weiß ich nur eine Erklärung und die stammt von einem Mann, der nicht zu den großen Denkern Europas gehört, sondern zu den großen Sportlern, nämlich von Emil Zatopek. Der hat gesagt: Vogel fliegt, Fisch schwimmt, Mensch muss laufen. Und dieser Mensch war in diesem Falle ich. Ich musste laufen. Und das macht Spaß.

Am meisten amüsiert hat mich die Erinnerung an Lula da Silva, die Peter Molt ausgegraben hat. Der damalige Arbeitsdirektor von VW, ein sehr engagierter Sozialdemokrat, sagte eines Tages zu mir: „Herr Köhler, Sie müssen unbedingt nach São Bernado do Campo fliegen. Dieser Lula macht uns da die ganze Belegschaft der VW do Brasil wirr. Wir können nur eins machen. Wir müssen einen Betriebsrat gründen, der ihm das Wasser abdreht“. Das war der Anfang dieser Mission.

Später hat mich Lula zweimal im Ministerium mit einer Riesendelegation besucht. Beide Male bekam ich vorher ein Fernschreiben der deutsch-brasilianischen Handelskammer mit der Frage: „Wir hören, dass Lula zu Ihnen kommt? Versuchen Sie doch bitte in Erfahrung zu bringen, was seine wirtschaftspolitischen Gedanken sind.“ Und ich habe nach jeder dieser Begegnung nach São Paulo zurückgekabelt: „Tut mir leid, ich habe keine in Erfahrung bringen können. Ich glaube, er hat keine.“ Wie Sie sehen, keine schlechte Voraussetzung für seine heutige pragmatische Politik. Allerdings ist mir in Erinnerung geblieben, dass nach dem zweiten Besuch dieser Art Lula im Rausgehen, und soviel Portugiesisch kann ich nun doch, zu einem seiner Begleiter sagte: „Damit ihr euch nicht irrt, das war hier eben ein Konservativer, mit dem ihr gesprochen habt“.

Und so ließe sich eine Fülle berichten. Es wurde in den Vorträgen beispielsweise die Dominikanische Republik erwähnt. Ich habe viel mit Präsident Balaguer zu tun gehabt, dem Mann, der mit unendlicher List, mit Durchtriebenheit, mit Winkelzügen, über die man sehr geteilter Meinung sein kann, mit Geduld und auch mit der Bereitschaft, im richtigen Moment das Portemonnaie aufzumachen, die vorangegangene wahnwitzige Diktatur in seinem Lande beendet hat, ohne dass es zu Gewalt und unüberbrückbaren Spannungen gekommen ist. Ich habe größte Bewunderung empfunden für einen alten, fast blinden Mann, der das geschafft hat.

An dieser Stelle möchte ich zwei Dinge besonders betonen: Beziehen wir unsere Partner im Ausland adäquat in unsere entwicklungspolitische Arbeit ein? Wissen wir, was die denken? Kennen wir ihr Wertesystem? Und betrachten wir Entwicklungspolitik auch als innenpolitisches Thema?

Was mich an der entwicklungspolitischen Diskussion häufig stört, ist, dass wir – und darin steckt schon der Gedanke von „wir“ und „die“ – den Hang haben, so zu tun, als wären wir Herren des Verfahrens. Das halte ich für grundverkehrt. Ich glaube auch, dass wir dabei vieles vergessen haben. So war das Thema Chile in den 1970er Jahren auch ein innenpolitisches Thema hier bei uns, an unseren Universitäten, mit unseren Jugendorganisationen. Heute muss man sich schon mit einiger Mühe daran erinnern, aber damals waren doch viele Chilenen in Deutschland und vermittelten hier ihr Denken. Oder haben wir denn vergessen, dass die zentralamerikanischen Fragen, Nicaragua zum Beispiel, innenpolitische Auseinandersetzungen der härtesten Art waren? Das war doch aber auch unsere Angelegenheit. Dieses Lateinamerika haben wir doch hier am eigenen Leibe erlebt. Es war nicht so, dass wir nur hingegangen sind und versucht haben, den Partnern in Lateinamerika zu vermitteln, wie der Weg zu einer guten Regierung und zu Demokratie aus dem ganzen Elend der Militärdiktaturen führen könnte, das war auch unsere politische Diskussion hier.

Vieles, was wir heute als Geschichte der Dritte-Welt-Politik abhandeln, ist in Wahrheit unsere Geschichte. Es waren unsere Angelegenheiten, über die wir zu sprechen und zu handeln hatten. Klärungsprozesse unseres eigenen Tuns und Denkens. Und so haben wir Napoleon Duarte mit Hilfe unserer Kirchen zur Erholung nach Deutschland geholt, damit seine Folterwunden ausheilen konnten. So dicht war El Salvador bei uns.



Die Expertenrunde von links nach rechts: Dr. h.c. Rolf Koppe, Prof. Dr. Peter Molt, Dr. Gerhard Wahlers, Hartwig Fischer MdB und Dr. Bernd Eisenblätter.

An der Entwicklungspolitik verdrießt mich immer wieder, wie sehr wir sie befrachten mit dem, was uns bewegt. Es war meine Kirche, in der ich viele Jahre über die Dritte Welt mitdiskutiert habe, wo lange Zeit der afrikanische Sozialismus eines Julius Nyerere als der dritte Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus erschien, der auch unserem Land gut tun würde. Lange dauerte es, bis die EKD unseren demokratischen Rechtsstaat mit seiner Sozialen Marktwirtschaft voll bejahte.

Es wurde im Verlauf des Symposiums erwähnt, ich hätte mich für den politischen Dialog stark gemacht. Ich war noch nicht ganz aufgebrochen zum politischen Dialog, da hatte ich schon die Stellungnahmen beider großen Kirchen auf dem Tisch. Die katholische Kirche sagte, dazu können wir uns nicht weiter äußern und wollen es auch nicht, denn das ist eine Frage der Weltkirche und dazu spricht Rom, dazu hat die deutsche Bischofskonferenz im Moment nichts weiter zu bemerken. Aus der evangelischen Ecke kam der Ruf: „Was, *politischer* Dialog? Wir, die Starken, Reichen gehen dahin zu den Armen, die vor Hunger nicht in den Schlaf finden können und wollen mit ihnen einen politischen Dialog führen? Das kann doch kein Dialog sein. Das kann doch nur Fremdbestimmung sein über die Unglücklichen, die das Pech gehabt haben, auf der falschen Seite der Erde zur Welt zu kommen.“

Und so brach ich auf zum politischen Dialog. Das erste Opfer war Sierra Leone. In Sierra Leone regierte Präsident Siaka Stevens, die interessanteste Mischung zwischen afrikanischen *Paramount Chief* und britischen Gewerkschafter, der mir je begegnet ist. Wir weihten zusammen ein Fischereikombinat ein, wohl ausgerüstet mit dem berühmten Altonaer Räucherofen, dem wir in Afrika wieder zu neuem Glanz verholfen haben. Am nächsten Tag begab ich mich in sein Präsidentschaftshaus, um mit ihm den politischen Dialog zu führen.

Ich sprach also mit ihm und sagte, es wäre sehr schön gewesen gestern, aber nun müssen wir mal darüber reden, wie es weitergehen sollte. Deutschland sei selbstverständlich bereit, und wir hätten auch Mittel für die Zusammenarbeit mit seinem Land zur Verfügung, worauf er sagte: „Herr Staatssekretär, schauen Sie mal aus dem Fenster. Sehen Sie dahinten die Insel? Da ist unser internationaler Flugplatz.“ Ich sagte: „Ich weiß, da bin ich ja vorgestern angekommen.“ „Ja, und von da kommt man ja nur mit einer Fähre nach Freetown.“ Ich sagte: „Richtig. Ich weiß auch, dass die Fähre manchmal ein bisschen klapprig ist, aber die kann man ja reparieren, das könnten wir machen, kein Problem.“ „Nein“, sagte er, „ich möchte, dass eine Brücke gebaut wird von der Insel zur Stadt“. Ich erwiderte, das sei in der Tat eine sehr weitreichende und zukunfts-trächtige Idee, zumal ich ja wüsste, dass nur drei Mal in der Woche ein internationales Flugzeug dort landet. Aber immerhin, ich wäre durchaus bereit, diese Anregung mitzunehmen. Allerdings würde unser Parlament dann doch vielleicht lieber zunächst noch eine weitere Fischräucherei oder dergleichen unterstützen, worauf Siaka Stevens etwas ungehalten wurde und sagte: „Ja, aber sehen Sie, diese Brücke, wenn Sie sie finanzieren, wird man dann die ‚Deutsche Brücke‘ nennen und mein Volk wird sie lieben.“ Dieses Argument rührte mich sehr. Ich sagte: „Ja, ganz zweifellos, das wäre sicherlich eine Aktion, die die Freundschaft zwischen unseren Völkern auf ein neues Fundament stellen würde, aber im Bundestag haben wir natürlich eine ganze Reihe von Abgeordneten, die sind nun mal sehr für mehr Reisproduktionen und ähnliches. Ich müsste das erst noch abtasten“, worauf er noch etwas ungeduldiger wurde und sagte: „Herr Staatssekretär, ich habe in der Zeitung gelesen, Sie haben in Deutschland drei Millionen Arbeitslose. Die könnten doch diese Brücke bauen.“ Nun war es also an mir, dass ich völlig überwältigt war und sagte: „Herr Präsident, dass Sie mit allen Problemen Ihres kleinen Landes nun auch daran denken, uns bei der Lösung dieses Problems unter die Arme zu greifen, rührt mich zutiefst. Ich werde mein Bestes

tun, ich habe aber Zweifel, ob ich unser Parlament überzeugen kann.“  
Genug mit diesem Dialog. Die Brücke steht bis heute nicht.

Das war eine Diskussion zwischen völlig ungleichen Partnern. Ich meine, es ist natürlich leichter, auf einer Konferenz in New York oder woanders Millenniumsziele zu beschließen, als dann hinterher wirklich sinnvolle Entwicklung in Gang zu setzen.

Eine Frage, die mich bis heute bewegt, und ich hoffe, noch lange weiterbewegt, ist: Weiß ich eigentlich, wenn ich das Gespräch, den politischen Dialog führe – sei es mit Chinesen, mit Südamerikanern oder mit Afrikanern –, was sie bewegt, in welchem Denk- und Wertesystem sie sich bewegen bzw. sich bewegen können? Und was können Entwicklungspolitik und -hilfe überhaupt erreichen?

Wir wären schlecht beraten, würden wir, wie 1948 bei der Begründung der Entwicklungshilfe, heute immer noch glauben, dass man in überschaubarer Zeit überall auf der Welt den gleichen Standard erreichen könnte. Nicht nur hinsichtlich des materiellen und sozialen Wohlstands, sondern auch mit Hinblick auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit usw. Wir wissen doch längst, dass im besten Fall ein sehr langsamer Wandel erreicht werden kann und auch dies in sehr verschiedenen Ausprägungen.

Meine Zweifel sind im Laufe der Jahre nicht geringer geworden. Kommen wir nochmals zurück auf das Gespräch mit Siaka Stevens. Der sagte zu mir: „Lieber Herr Köhler, Sie sind Politiker wie ich, und Sie wollen auch wiedergewählt werden. *Therefore, we must do something to look nice for our people.*“ Und genau das reicht eben nicht! Wir müssen viel mehr wissen, fragen und forschen, was die Menschen, was ganze Gesellschaften bewegt.

Ich war sehr glücklich, dass Helmut Reifeld in einem außergewöhnlich gut unterrichteten Artikel in den KAS-Auslandsinformationen („Religion und globale Entwicklung – Beiträge zu einer aktuellen Debatte aus Sicht der Entwicklungspolitik“, KAS-Auslandsinformationen 5/2010, S. 143-157, Anm. der Red.) nach der Bedeutung der Religion für die Entwicklung und Entwicklungschancen fast jedes Landes gefragt hat. Dabei wurde u.a. sehr deutlich, dass wir uns nicht mehr primär entlang der Dimensionen von Christentum und Islam bewegen. Wir müssen vom Hinduismus,

vom Buddhismus und anderen Religionen mehr verstehen und mehr erkennen. Stichwort Islam: Wir sprechen immer von einer islamischen Welt. Kann man sich eigentlich größere Unterschiede vorstellen als im Islam, z.B. die Strukturen und das Erbe, die durch die islamischen Bruderschaften im Senegal geprägt sind? Das sind nicht nur geistliche Bruderschaften, dahinter steckt eine beträchtliche wirtschaftliche und soziale Kraft. Wenn wir dies vergleichen mit dem, was wir als Islam im Nahen und Mittleren Osten antreffen oder in Indonesien, was gibt es da zu lernen!



*Der Jubilar nach Überreichung eines Präsents durch den Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung.*

Vor welchen Irrtümern muss man sich hüten? Die einen reden gerne von Afrikanisierung des Islam. Dahinter steckt natürlich die Hoffnung, dass es einen europäischen Islam geben könnte. Die anderen reden davon, dass es einen afrikanischen Islam gäbe. Man schaue sich einmal die Kalifate und Sultanate des nördlichen Nigeria an um zu sehen, zu welchen Formen sich das im Laufe der Zeit hinentwickelt hat.

Es ist mein Wunsch, dass wir verstehen, was unsere Partner auf dieser Welt an Möglichkeiten in sich tragen, an Zielen haben, an Veränderungen aushalten und selbst praktizieren können, ebenso, dass wir das immer weiter vertiefen und immer weiter studieren. Und ich wünsche mir viel mehr noch, als es bisher gegeben ist, den Austausch zwischen Wissen-

schaft und Politik in Deutschland. Es ist doch bedauerlich, dass die entscheidende Literatur über den Islam in Afrika in den USA erschienen ist und nicht in deutscher Sprache.

Dies bewegt mich heute angesichts der Menge an Dingen, die Sie hier zu meiner Freude und zu meiner Ehre angesprochen haben. Was dabei herauskommen kann, ist ein Beschäftigungsprogramm für längere Zeit. Ich will das nicht alles selber machen. Wie wäre es, wenn Sie sich mit darauf stürzen und wenn Sie auf die Weise mitversuchten, das zu verwirklichen, was nur das eigentliche Ziel sein kann? Nicht eine Welt, in der der ewige Friede ausgebrochen ist und in der alle Probleme gelöst sind, sondern eine Welt, die gemeinsam versucht, mit den Problemen fertig zu werden, die nun einmal existieren seit Adam und Eva in Sünde gefallen sind und Unvollkommenheit all unser Tun regiert.

## DIE AUTOREN

*Dr. Bernd Eisenblätter*

*Sprecher der Geschäftsführung der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), Eschborn*

*Hartwig Fischer MdB*

*Leiter des Arbeitskreises Afrika der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Berlin*

*Dr. Volkmar Köhler*

*Parlamentarischer Staatssekretär a.D.*

*Mitglied des Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.*

*Bischof em. Dr. h.c. Rolf Koppe*

*Nach verschiedenen Stationen in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers von 1993 bis zur Pensionierung 2006 Leiter der Hauptabteilung III „Ökumene und Auslandsarbeit“ im Kirchenamt der EKD und damit Auslandsbischof der Evangelischen Kirche in Deutschland*

*Prof. Dr. Peter Molt*

*Mitbegründer und bis 1966 Leiter des Internationalen Instituts der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.; nach zahlreichen Stationen in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, u.a. als Leiter des UNDP-Programms in Togo und Burkina Faso, Honorarprofessor für Vergleichende Regierungslehre der Entwicklungsländer und Entwicklungspolitik an der Universität Trier*

## ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Dr. habil. Karsten Grabow*

*Referent Internationale Parteien- und Parlamentszusammenarbeit*

*Team Lateinamerika*

*Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit*

*10907 Berlin*

*Telefon: +49(0)-30-2 69 96-32 46*

*E-Mail: karsten.grabow@kas.de*